

# Betriebsräte-Zeitschrift

## für Funktionäre der Metallindustrie

---

### Von der Daweslast zum Youngplan

Tony Sender (Berlin)

#### III. Die Internationale Bank

Man war bei dem langsamen und schwierigen Verlauf der Pariser Verhandlungen überrascht, als man schon im Anfangsstadium davon lesen konnte, daß eine Einigung über die zu errichtende Internationale Bank erzielt worden sei. Damals hielt man diese Einigung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit für relativ sekundär gegenüber den bedeutsameren Fragen, wie etwa Höhe der deutschen Gesamtschuld und Höhe der Jahresannuitäten. Zu Unrecht. Durch die Verständigung über die Errichtung einer Internationalen Bank war bereits die neue Organisation entstanden, die mit der Durchführung der Reparationsordnung betraut werden sollte. Vergessen wir nicht den Ausgangspunkt, der wesentlich mit dazu beitrug, daß es überhaupt zu Revisionsverhandlungen kommen konnte. Es war in der Hauptsache Frankreich, das darauf bestand, daß die deutsche Reparationsschuld kommerzialisiert werden könne, das heißt daß durch Begebung von Obligationen Deutschland als Gläubiger nicht mehr nur Regierungen, sondern private Geldleute sich gegenüber hätte. Frankreich sagte sich, daß Deutschland sich seiner Zahlungsverpflichtung in dem Augenblick nicht mehr entziehen könne, wenn in allen Ländern der Welt sich in privaten Händen deutsche Schuldverschreibungen befänden; denn in einem solchen Falle würde Zahlungseinstellung gegenüber Tausenden von in allen Ländern zerstreuten Gläubigern nichts anderes als den Staatsbankrott und somit den Zusammenbruch des ganzen deutschen Kreditmarktes bedeuten. Nun ist freilich die Begebung der gesamten deutschen Schuld in Höhe von mehr als 30 Milliarden nicht möglich. Wir wollen hier ganz davon absehen, daß nur für die Jahresannuität von 660 Millionen der Transferschutz aufgehoben ist, während er für den größeren Teil der Jahreszahlungen bestehen bleibt. Aber natürlich ist es jetzt wie zu jeder Zeit gänzlich ausgeschlossen, daß eine solch ungeheure Summe auf dem internationalen Geldmarkt in kurzer Zeit plaziert werden kann.

Für den transferungeschützten Teil der deutschen Zahlung ist die Kommerzialisierung möglich; für den übrigen Teil schafft die Internationale Bank die erwünschte Sicherheit, Kontrolle und Organisation. Nach dem bisherigen Mechanismus des Dawesplanes war Deutschland nur zur inneren Aufbringung seiner Jahresleistungen verpflichtet, für die Übertragung der Summen in ausländische Währung hatten der Reparationsagent und das Transferkomitee zu sorgen. Und neben dem Reparationsagenten bestanden noch eine Reihe von Kommissaren, Ausländern, die mit der Überwachung beauftragt waren. Anstelle dieses ganzen, vielgestaltigen Apparates von nur ausländischen Persönlichkeiten soll nunmehr die Bank für internationale

Zahlungen als einziges Organ für die Durchführung des Youngplanes wirken. Sie wird die doppelte Funktion einer Verwaltungs- und Treuhand- tätigkeit ausüben haben und ihre Hauptfunktionen werden sein:

1. Wie bisher hat auch in Zukunft Deutschland nichts mit der Verteilung seiner Jahreszahlungen an die verschiedenen Gläubigerstaaten zu tun. Deutschland kennt nur eine Gesamtschuld. Das bedingt aber das Vorhandensein einer zentralen Treuhandstelle, die die Zahlungen entgegenzunehmen und an die verschiedenen Stellen zu verteilen hat.
2. Wenn eine Kommerzialisierung des ungeschützten Teils der deutschen Zahlungen vorgenommen werden soll, so bedarf es wiederum einer Zentralstelle, die die Interessen jedes Gläubigerlandes gleichmäßig wahrt und auf der anderen Seite die notwendige Rücksicht auf den deutschen Kredit durch Auswahl des Zeitpunktes und der Höhe der jeweils zu begebenden Emissionsteile (Ausgabeteile) nimmt.
3. Der neue Plan sieht vor, daß Deutschland sowohl den Transferaufschub wie auch ein Ausbringungsmoratorium (Moratorium = Zahlungsstundung) beantragen kann. Mit dem Verschwinden der bisherigen ausländischen Kontrollinstanzen wird eine neue zentrale Stelle erforderlich, die für die Funktion der Gewährung eines eventuellen Transfer- oder Ausbringungsmoratoriums als Verwaltungs- und Treuhandstelle unter deutscher Mitwirkung tätig wird.

Die allgemeinen Gedankengänge, die die Sachverständigen zum Vorschlag der Errichtung der Internationalen Bank geführt haben, werden im Abschnitt 6 des Berichtes klar wie folgt umrissen:

„Ein allgemeiner Plan für eine vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage hat in erster Linie finanziellen Charakter und schließt daher die Durchführung verschiedener bankmäßiger Aufgaben ein, die sich an diesem oder jenem Punkte im Verlauf zwischen der Einzahlung der Annuitäten und der endgültigen Verteilung der Beträge ergeben. Eine Bank, die bestimmt ist, diese Aufgaben zu erfüllen, rechtfertigt folgerichtigerweise die Liquidation aller politischen Kontrollen und sieht dafür einen Apparat vor, der im wesentlichen finanziellen und kommerziellen Charakter hat und der alle die Vorteile gewährt und gleichzeitig alle die Verantwortungen enthält, die geschäftliche Verpflichtungen mit sich bringen. Der mit dem Dawesplan begonnene Prozeß der Ueberleitung des Reparationsproblems von dem politischen auf das finanzielle Gebiet wird so einen Schritt weitergebracht.

Allgemein ausgedrückt, wird die Bank insoweit Aufgaben der bestehenden Stellen übernehmen, als sie weitergeführt werden müssen; sie wird die ganze Arbeit der äußeren Verwaltung leisten, wie den Empfang und die Verteilung der Zahlungen und die Kommerzialisierung derjenigen Teile der Annuität, welche kommerzialisiert werden können.

Die Tätigkeit der Bank wird der gewöhnlichen geschäftlichen und finanziellen Praxis angepaßt werden. Ihre Organisation wird außerhalb des Gebiets politischer Einflüsse liegen und ihre Befugnisse und ihr Wirkungsbereich werden weit genug sein, um sie zu befähigen, die mit der Regelung der deutschen Verpflichtungen verbundenen Probleme mit der nötigen Freiheit und Schnelligkeit zu behandeln.“

Wird so in der Tat Deutschland durch die Errichtung der Internationalen Bank die bisherigen lästigen Kontrollen los und damit ein weiterer Schritt zur Entpolitisierung des Reparationsproblems getan, so enthält auf der

anderen Seite die Gründung der Bank einen Kern zur Entwicklung eines Instituts, das für die künftige politische Entwicklung möglicherweise nicht ohne Einfluß bleiben wird. Denn die Zahlungen Deutschlands werden ihren Weg nehmen über eine überstaatliche Bankorganisation, die mit allen großen Finanzmächten der Welt durch Zusammenarbeit verbunden ist. Es läßt sich heute noch nicht voraussagen, welche Konsequenzen sich aus dem Vorhandensein eines solchen Instituts ergeben mögen. Kein Zweifel kann daran sein, daß eine solche Gründung auf dem Wege der Entwicklung mit ihrer zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung liegt. Und da wirtschaftliche Begebenheiten stets Ursache politischen Werdens gewesen sind, so wird dieses Entwicklungsgesetz sich ohne Zweifel auch hier erweisen. Das braucht nun keineswegs ein Grund zu sein, sich dem neuen Institut gegenüber ablehnend zu verhalten. Wenn auch die Grundlage der Wirtschaft heute in allen Ländern noch der Kapitalismus ist, so verkennen wir als Sozialisten dennoch nicht die Bedeutung all jener wirtschaftlichen Entwicklungsformen, die über die nationale Wirtschaft und den engen Rahmen der heutigen Form hinaus-treiben. Nicht zur Ablehnung, sondern zur größten Vorsicht muß uns die Bedeutung des zu errichtenden Instituts Veranlassung geben. Und in diesem Zusammenhang muß die vorgeschlagene Form der

### Organisation der Bank

unser Befremden und unser Mißtrauen erregen. Das Stammkapital der Bank soll rund 100 Millionen Dollar (= 420 Millionen Mark) betragen, wovon bei der Gründung 25 vS einzuzahlen sind. Die Kontrolle der Geschäftsführung wird dadurch in die Hände der Zentralbanken gelegt, daß ein Direktorium bestellt wird, das die Geschäfte der Bank zu überwachen und zu leiten hat. Dieses Direktorium soll gebildet werden durch die sieben Präsidenten der Zentralnotenbanken von England, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und Belgien und dem Vertreter des amerikanischen Bankwesens (nicht des amerikanischen Zentralnoteninstituts, da sich Amerika offiziell nicht zu beteiligen wünscht). Der Präsident der Zentralbank jedes der genannten sieben Länder soll weiter bestellen einen Staatsangehörigen seines Landes, der Finanz, Industrie oder Handel vertritt. Gemeinsam mit dem Reichsbankpräsidenten kann dann der Gouverneur der Bank von Frankreich außerdem noch einen dritten Direktor bestellen. Von diesen 14, gegebenenfalls 16 Direktoren sollen aus Vorschlagslisten der Bankpräsidenten der übrigen sich beteiligenden Länder noch höchstens neun weitere Direktoren kooptiert werden.

Aus der so vorgeschlagenen Zusammensetzung geht leider sehr unzweifelhaft hervor, daß in Paris lediglich Leute zusammensaßen, die sich auf den Boden der kapitalistischen Ordnung stellen und darum keinerlei Interesse daran hatten, die Arbeiterschaft als den wichtigsten Volksteil an der Verwaltung eines so wichtigen Weltinstituts zu beteiligen, ja die im Gegenteil alles taten, um die Arbeiterklasse von dieser Tätigkeit fernzuhalten. Darum wohl wurde für die zweite Garnitur der von den sieben Hauptländern zu ernennenden Direktoren bestimmt, daß sie die Finanz, Industrie oder Handel ihres Landes vertreten sollen. Doch möchten wir heute bereits mit

Entschiedenheit hervorheben, daß es von uns in keiner Weise akzeptiert werden kann, wenn man versuchen will, nur die Unternehmer als Repräsentanten dieser Berufsschichten hinzustellen. Davon kann keine Rede sein. Auch die Arbeitnehmer dieser verschiedenen Zweige sind deren Wirtschaftsvertreter und es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die Arbeiterschaft auf diesem Wege zu der ihr gebührenden Vertretung und wenigstens einem Mindestmaß des Einflusses gelangt.

Schon in dem Zentralnoteninstitut, der Reichsbank, hat die Arbeiterschaft nur einen ganz geringfügigen Einfluß. Es ist in der deutschen Arbeiterpresse der Vorschlag gemacht worden, daß durch Mehrung des Einflusses der Arbeiter auf die Reichsbank auch deren Interesse an der Internationalen Bank geltend gemacht werden müsse. Ganz einverstanden sind wir damit, den Einfluß der Proletarier in der Reichsbank zu vermehren; das darf aber nicht daran hindern, auch die direkte Vertretung im internationalen Institut mit aller Entschiedenheit zu verlangen.

Diese Forderung wird um so bedeutsamer, wenn man neben den unmittelbar der Regelung der Reparationen dienenden Aufgaben an die weitergestreckten Ziele der Bank denkt, wie sie gleichfalls im Younggutachten umrissen sind. Danach soll die Bank zur Erleichterung der Reparationserfüllung durch Deutschland dadurch beitragen, daß sie Unternehmungen besonders in den unentwickeltesten Ländern finanziert, die mit gewöhnlichen Finanzierungsmöglichkeiten nicht in Angriff genommen werden könnten. Auf diese Weise soll sie zur Ausweitung der deutschen Ausfuhr und des Welthandels beitragen und dazu auch Kredit innerhalb zulässiger Grenzen zur Verfügung stellen. Wir gehören nicht zu denjenigen, die dieser zukünftigen Funktion der Bank mit allzu großem Optimismus gegenüberstehen. Denn die Internationale Bank darf keine allzu risikoreichen Geschäfte tätigen, weil dies ihrer anderen wichtigen Funktion widersprechen würde, ein internationales Gold-Clearinghaus zu sein; das heißt, daß die Bank nach der Auffassung der Sachverständigen angesichts der umfangreichen Devisenoperationen, die bei ihr vorzunehmen sind, sich als ein stabilisierender Faktor für die Wechselkurse auswirken soll. Es soll bei der Bank ein internationales Abrechnungsverfahren eingeführt werden, durch das Kosten und Risiken bei der bisher notwendigen Versendung von Gold gespart werden können. Denn wenn die einzelnen Länder spezielle Devisendepots bei der Internationalen Bank unterhalten, können die Geldübertragungen in andere Länder durch einfache Verbuchungen auf den Konten des Instituts durchgeführt werden, ohne daß irgendwelche Kosten des Goldtransports mehr zu entstehen brauchen. Diese Funktion eines internationalen Clearinghauses wird aber nur dann intakt bleiben, wenn das internationale Institut im internationalen Rahmen etwa die gleichen Sicherheiten bietet, wie die Reichsbank und die Zentralnotenbanken überhaupt auf nationalem Gebiet. Das aber ist der Grund, aus dem allzu risikoreiche Kreditgeschäfte nicht eingegangen werden können. Dennoch ließe sich denken, daß es der Internationalen Bank bei günstiger Entwicklung ihres Einflusses gelingen könnte, Emissionen (Begebung von Aktien oder ähnlichem Kredit) zu begeben, die nicht durch einen einzelnen nationalen Geldmarkt bewältigt werden können, dagegen durch die Inanspruchnahme

des internationalen Kapitalmarktes durchzuführen wären. Dabei brauchte nicht einmal eine stärkere direkte Beanspruchung des Eigenkapitals der Bank in Frage zu kommen. Natürlich ist es heute verfrüht, etwa schon konkrete Möglichkeiten nach dieser Richtung aufzeigen zu wollen; für nicht minder verfehlt aber halten wir den absoluten Pessimismus, den manche Sachverständigenkreise in Deutschland in dieser Frage an den Tag legen. Wir werden es uns überhaupt in Europa mehr noch abgewöhnen müssen, nur im Althergebrachten zu denken. Die Entwicklung in der Welt steht darum nicht still, wie das amerikanische Beispiel eindringlich genug beweist. Auch in den Ländern des alten Kapitalismus ist einer starken Initiative nicht zu entraten und man wehrt sich nicht gegen das Überhandnehmen amerikanischen Einflusses dadurch, daß man stets nur die furchtbare Gefahr der europäischen Versklavung durch das amerikanische Finanzkapital laut jammernd an die Wand malt. Wie im Kampf der einzelnen stets der Vitalere siegen wird, so auch im Ringen der Nationen und Kontinente. Furcht aber ist kein Element der Vitalität, der Lebenskraft. Die wirtschaftliche Überlegenheit der Neuen Welt ist nicht nur den günstigen geographischen Verhältnissen, den reichen Bodenschätzen und der Jugend des Landes zuzuschreiben, sondern nicht minder stark dem Umstand, daß hier ein fast den ganzen Kontinent umfassendes Gebiet sich zur Kooperation zusammengefunden hat. Das muß Europa endlich begreifen. Wenn es das tut, könnte auch die Internationale Bank mit zu einem Hebel werden, der diese unerläßliche europäische Kooperation sehr zu fördern imstande ist. Gerade dies aber ist die Aufgabe, die das europäische und so auch das deutsche Proletariat am wesentlichsten zu fördern imstande sein wird. Denn diese europäische und internationale Kooperation findet keine Hemmnisse in der Ideologie der Arbeiter, im Gegenteil, sie begegnet dort längst gehegten Auffassungen.

Ist aber das nicht wieder die Politisierung einer Frage, deren weitere Entpolitisierung gerade Zweck der Revision sein sollte? Man lasse sich durch solche Behauptungen nicht irreführen. Das Reparationsproblem selbst bleibt der klar vorgeschriebenen sachlichen Regelung unterworfen. Und wenn die Sachverständigen in Paris bei der Beratung des Problems der endgültigen Liquidierung des Krieges zur Konzeption dieses internationalen Instituts gekommen sind, so beweist das nur, wie unentbehrlich die Zusammenarbeit der beteiligten Nationen zu diesem Zweck geworden ist. Man kann eben heute nicht mehr an die Lösung irgendeiner wirtschaftlichen Frage größeren Umfangs herantreten, ohne auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zu stoßen. So wird denn auch die Internationale Bank die internationale Kooperation im Finanz- und Geldwesen, speziell die unmittelbare Zusammenarbeit der zentralen Notenbanken stark fördern. Und damit wird sie zum sichtbaren Ausdruck der Solidarität der Geld- und Kapitalmärkte der Welt, zur Verbundenheit auch der sie bewohnenden Menschen.

Gewiß, noch ist es die kapitalistische Welt, die sich da zusammenfinden wird. Aber ist es nicht der Beweis, daß die nationalen und wirtschaftlichen Kräfte über ihre heutigen Formen hinaustreiben zu höheren Stufen der Entwicklung? Ein einiges Proletariat könnte schon heute der kapitalistischen Welt ein kräftiges Paroli bieten!

## Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt, Arbeitslosenversicherung

### Zügellose Kapitalakkumulation oder Menschenökonomie?

F. Petrich (Gera)

Der traurigste Anblick, den uns die Ungleichheit des Glückes unter der Sonne sehen läßt, ist der Mann, der gern arbeiten möchte und keine Arbeit finden kann. Carlyle.

In dem Kampf um die Arbeitslosenfürsorge ist eine kurze, spannende Pause eingetreten, die mit Sachverständigenverhandlungen ausgefüllt wird. Im Herbst soll die Entscheidung fallen. Die beiden Lager, das bürgerlich-kapitalistische und das proletarische, die um das Für und Wider in dieser Frage ringen, rüsten sich zur Entscheidung. Da ist es wohl noch am Platze, einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem heiß umstrittenen Problem zu machen.

Seien wir uns in vollem Umfange klar über eines: die kapitalistischen Kreise ohne jede Ausnahme sehen in dem Kampf um den Abbau der Arbeitslosenfürsorge eine große Angelegenheit ihrer Klasse. Sie wollen jetzt verwirklichen, was sie seit einer Reihe von Jahren durch eine zähe und wütende Agitation vorbereitet haben: die breite Durchbrechung der sozialpolitischen Front an ihrer wichtigsten und empfindlichsten Stelle — sie wollen die deutsche Sozialpolitik jetzt in ihrem Lebensnerv treffen. Die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, wissen, was auf dem Spiele steht! Sie wissen, daß mit der geplanten tiefeinschneidenden Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge die Lebensinteressen der Arbeiterklasse schwer verletzt, die proletarische Position innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft außerordentlich bedroht und geschwächt wird. Der Schlachtruf der besitzenden Klassen, daß die Sozialpolitik der schnelleren und gesteigerten Kapitalbildung geopfert werden müßte, zeigt völlig klar, in welchem Maße sich die Klassengegensätze verschärft haben.

Wie groß die Gefahr des umfangreichen Abbaues der Arbeitslosenfürsorge ist, geht aus Ausführungen hervor, die Dr. Shrup, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in der Juliausgabe der Arbeitsfürsorge-Korrespondenz macht. Er vermeidet es, aus naheliegenden taktischen Gründen, offen für die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenfürsorge in ihrem bisherigen Umfange einzutreten. Er fordert nur die Beendigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, wobei er drei Fragen aufwirft, die beantwortet werden müßten. Erstens, wie die Reichsanstalt das Darlehen des letzten Winters an das Reich zurückzahlen soll bei gleichzeitiger Reservebildung für den kommenden Winter, zweitens ob die Sonderregelung für die berufstätige Arbeitslosigkeit, die am 30. September 1929 abläuft, aufrechterhalten werden kann, drittens wie das Reich in stärkerem Maße als bisher vor finanzieller Zwangshilfe geschützt werden kann. Diese drei Fragen können befriedigend nur beantwortet werden mit der von der Sozialdemokratie geforderten

Beitragserhöhung. Dr. Syrup kann sich für sie jedoch nicht entschließen mit dem Hinweis auf den bürgerlichen Einwand, daß die Kapitalbildung bedroht sei. Andererseits macht er aber auch aufmerksam auf die unausbleibliche Folge der Verminderung der Arbeitslosenfürsorge: die außerordentlich stärkere Belastung der Wohlfahrtsfonds der Gemeinden. . . .

Es ist höchst erstaunlich, mit welcher abgegriffenen und törichten Argumenten der deutsche Kapitalismus sich gegenwärtig in der Rolle des Pharisäers, des Moralpredigers, des Besser- und Alleswissers gefällt. Sie tun fortgesetzt so, als wären sie, ausgerechnet sie, die Groß- und Schwerverdiener in allen Graden, die Bedauernswerten der deutschen Sozialpolitik, die, wenn nicht schnelle und radikale Hilfe kommt, knapp vor dem totalen Untergange stehen. In dieser Kampfesart, die bei dauernder, planmäßiger Anwendung auf viele ihre Wirkung nicht verfehlt, liegt wohlberechnete Methode: Zermürbung der Öffentlichkeit durch bewußte Uebertreibungen und falsche Darstellungen; die Industrie wendet dieselbe altbewährte Taktik an, die von der Landwirtschaft Jahr für Jahr mit so großem Erfolge angewandt wird. Die Arbeiterklasse muß gegenüber diesem strupellosen Vorgehen ihrer Gegner mit immer mehr Gründlichkeit und Energie zum Gegenangriff schreiten. Das lehrt gerade dieser Kampf um Sein oder Nichtsein der Arbeitslosenfürsorge.

Von den wirklichen Ursachen und Bedingungen der Arbeitslosigkeit als Massen- und Dauererscheinung in fast allen Industrieländern ist in den kapitalistischen Elaboraten leider wenig die Rede. Wozu auch! Man hat allen Grund, sich zu hüten! Wird ernsthaft von den wahren Ursachen zwangsläufiger Verelendung von Millionen von Proletariern gesprochen, dann bricht die tolle und gewissenlose Heze gegen die Sozialpolitik sehr schnell zusammen. Da ist es schon besser und bequemer, die Ursachen der millionenfachen Erwerbslosigkeit totzuschweigen und laut und brutal die kapitalistischen Klassenforderungen kräftig in den Vordergrund zu stellen.

Ober will man im Ernste auch heute noch behaupten, die „ungenügende Kapitalbildung“ einerseits und das „Zuviel an Sozialpolitik“ andererseits sei die Ursache der großen Erwerbslosigkeit — und daß mit einer Kursänderung im Sinne der kapitalistischen Forderungen Abhilfe geschaffen werden könne? Eine derartige Beweisführung ist, milde gesagt, bornierte kapitalistische Interessenvertretung, oft ist sie bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.

Den Arbeitslosen wird weder jetzt noch später mit der kapitalistischen Wirtschaftspolitik geholfen. Im Gegenteil, das Uebel würde mit absoluter Sicherheit verschlimmert. Die unvermeidliche weitere Schwächung des inneren Marktes würde die Erwerbslosigkeit verschärfen, das soziale Elend ins Unermeßliche steigern. Die Folgen dieser Wirtschaftspolitik wären in jeder Hinsicht unabsehbar.

Der Abbau der Arbeitslosenfürsorge hätte einen finanz- und wirtschaftspolitischen Sinn, wenn nachgewiesen werden könnte, daß die Arbeitslosigkeit in größerem Umfange auf die subjektive Schuld der zu Unterstützenden zurückzuführen wäre, daß Faulheit und Müßiggang oder ähnliche Gründe maßgebend sein könnten. Indessen ist das eifrige Gerede

von dem Mißbrauch, der mit der Arbeitslosenfürsorge getrieben werde, nahezu verstummt und das Ziel der sozialen Reaktion ist, ohne jede Rücksicht auf Mißbräuche mit dem Abbruch der Sozialpolitik zu beginnen.

Wir haben nicht die geringste Veranlassung, die subjektiven Gründe der Arbeitslosigkeit etwa zu beschönigen oder zu verschweigen. Aber wir wollen sie auch richtig erklären: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung bringt jene sozialpsychologischen Dispositionen, die man bei einer verschwindenden Minderheit der Arbeiterklasse als Arbeitsentwöhnung oder als Arbeitsscheu bezeichnen kann, durch Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand erst zur vollen Entfaltung und Auswirkung. Diese Momente sind aber für das gegenwärtige Problem der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenfürsorge von gänzlich untergeordneter Bedeutung. Die Organisation des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung ist heute so weit gediehen, daß seit Jahr und Tag kaum ein Fall mißglückter Arbeitsvermittlung nachzuweisen ist. Mit anderen Worten: das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist dauernd größer als die Nachfrage, die Arbeitswilligkeit und -Freudigkeit ist immer stärker als die vorhandene Möglichkeit, sie auch nur annähernd zu befriedigen.

Das Schwergewicht jeder ernstgemeinten Betrachtung über die Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge muß deshalb auf den objektiven Gründen liegen. Wir möchten eine Reihe von Tatsachen anführen, an deren Spitze steht:

1. Die Anarchie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die trotz aller Organisationsversuche das Verhältnis zwischen Produktion und Absatz nicht zu regeln vermag, die den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen fortgesetzt verschärft und sich für die weitere Verschärfung einsetzt; die tatsächliche Lösung liegt im umgekehrten Sinne.
2. Die Rationalisierung, deren materielle Früchte bisher nur der Kapitalistenklasse zugute kamen; die negative Seite, die Freisetzung von Arbeitskräften, wirkt sich in vollem Umfange gegen die Arbeiterklasse aus.
3. Der Eintritt derjenigen Vorkriegsjahrgänge in das Erwerbsleben, die einen beträchtlichen Bevölkerungsüberschuß aufzuweisen hatten; bis 1931 hält diese Tendenz an.
4. Die wesentliche Einschränkung der Auswanderungsmöglichkeiten. Man braucht zu diesem Zweck nur die Einwanderungsziffern der nordamerikanischen Union, Argentiniens und Kanadas heranzuziehen: Nordamerikanische Union 1914 1218480 — 1927 335175; Argentinien 1913 364878 — 1927 161548; Kanada 1913 402432 — 1927 158884. Die Beispiele ließen sich aus anderen Einwanderungsgebieten beliebig vermehren.
5. Die zerrüttenden ökonomischen Folgen des Weltkrieges besonders für die europäischen Industrieländer, die, von der grandiosen Zerstörung abgesehen, zu dem beherrschenden weltwirtschaftlichen Einfluß Amerikas und zur starken Ausbreitung der Produktion in den Rohstoffgebieten führten; der Export von Waren hat sich deshalb vermindert. Daß im übrigen die Reparationsfrage, die den Völkern von kapitalistischen Regierungen beschert wurde, nicht zur Wiedergesundung beiträgt, liegt auf der Hand.

Diese Ursachenreihe, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und die auch nicht für alle Länder das gleiche Gewicht hat, führte während des letzten Jahrzehnts zu einer beispiellosen Verschärfung der Wirtschaftskrisen. Die Dinge sind hinreichend bekannt: Seit der Stabilisierung



haben wir in Deutschland einen ungewöhnlich schnellen Wechsel von Prosperität und Depression mit vorher nie gekannten Erwerbslosenziffern zu verzeichnen. Während in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege in Prosperitätsperioden die Zahl der Arbeitslosen bis auf 100 000 und weniger herunterging, betrug sie in Zeiten der Depression durchschnittlich 500 000. Das letzte Jahrzehnt der deutschen Wirtschaft weist hingegen Arbeitslosenzahlen auf, die sich in jähem Wechsel zwischen 500 000 als Minimum und  $3\frac{1}{2}$  Millionen als Maximum bewegen.

Es bedarf keiner längeren Ausführungen zur Erläuterung dieser Tatsachen, die gewiß eine harte Sprache reden.

Angeichts einer derartigen Lage von einem Abbau der Arbeitslosenfürsorge zu reden, ohne eine Gegenleistung auf wirtschaftlichem Gebiet zu bieten, ohne auch nur mit einem Worte zu sagen, was sozial, was politisch werden soll nach vollzogenem Abbau: das ist so verantwortungslos, daß es nur von kapitalistischer Seite kommen konnte.

Wo ist, so fragen wir, das wirtschaftspolitische Programm der Unternehmer, das geeignet wäre, den wirtschaftlichen Ausgleich zu bringen für den Ausfall der sozialen Fürsorge? Ach, es ist kein Geheimnis, daß ihr Rezept nur eines enthält, die Verschlagung der Sozialpolitik, nicht aber den Willen und die Fähigkeit zu wirtschaftlichen Verbesserungen. Man werde sich doch im gegnerischen Lager endlich klar darüber, daß das Ausmaß der Arbeitslosenfürsorge nicht die Ursache, sondern die Folge der Massenarbeitslosigkeit ist. Die starke Reduzierung der Erwerbslosigkeit durch wirtschaftliche Maßnahmen ist die beste Sozialpolitik, ist eine Einschränkung der Sozialpolitik, mit der zu allererst die Arbeiterklasse einverstanden ist. Die Besitzer der Produktionsmittel und des Kapitals, die Herren der Wirtschaft, die sich so gern aber leider meist zu Unrecht als Wirtschaftsführer bezeichnen, haben die große geschichtliche Aufgabe, Arbeit zu schaffen.

Mit der Beschaffung produktiver Arbeit wird überdies ein Doppeltes erreicht: Verringerung der Sozialpolitik, Steigerung der Kapitalbildung auf der ganzen Linie! Das Institut für Konjunkturforschung hat wiederholt ausgerechnet, welchen ungeheuren Wertverlust für die deutsche Wirtschaft längere Massenarbeitslosigkeit bedeutet. Hier liegt das wahre Problem der Kapitalbildung — nicht in der Steigerung der Profitrate.

Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zeigt sich in den Kämpfen um die Arbeitslosenversicherung wieder in krasser Weise: Sie dient in erster Linie nicht Konsumtionszwecken, nicht der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung, sondern dem Profit. Das Schlagwort von der Beschleunigung der Kapitalbildung zeigt, daß nicht nur die Produktion, sondern auch die Reproduktion in diesem Zeichen steht. Zum wirtschaftspolitischen Kampfprogramm erhoben enthüllt die vermehrte Kapitalbildung auf Kosten der Arbeiterklasse den ökonomischen Bankrott der kapitalistischen Bourgeoisie. Wie helfen wir den Arbeitslosen — wie entlasten wir die Sozialpolitik — wie fördern wir den Prozeß der inneren Kapitalbildung? Man muß schon das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse Deutschlands ins Auge fassen, um diese Fragen richtig beantworten zu können.

Produktionspolitik, Arbeitsbeschaffung auf weite Sicht ist das erste Erfordernis der Stunde. Welche ungeheuren Möglichkeiten bieten sich da! Das Beispiel der Wohnungsnot, die wirtschaftlich und kulturell ein fressender Krebschaden ist, liegt am nächsten. Hunderttausende von Arbeitskräften könnten während des größten Teiles des Jahres zur Lösung der Wohnungsnot herangezogen werden. Statt dessen erleben wir infolge ungenügender und falscher Finanzierungs politik in diesem Augenblick einen sichtbaren Niedergang der Baukonjunktur — mitten im Sommer! Die innere Kolonisation ist das nächste Beispiel. Der Landwirtschaft ist mit Hochschutzzöllen wahrhaftig nicht zu helfen, wohl aber mit der Verbesserung vorhandenen Ackerbodens und mit der planvollen Erschließung von Oedländereien. Ein drittes Beispiel: die Siedlung! Man soll sie nicht überschätzen, soll nicht, wie Professor Oppenheimer, von der Siedlung die Lösung der sozialen Frage überhaupt erwarten — aber ganz gewiß ist sie neben andern Mitteln ein Mittel mehr zur Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte unserer Zeit. Und um ein viertes anzuführen: Die technische Verbesserung und Vereinheitlichung der Produktionsmittel in zahlreichen industriellen Wirtschaftszweigen wäre zweifellos möglich und ist dringend notwendig. Wir fordern also ein großzügiges wirtschaftspolitisches Produktionsprogramm, das Arbeit gibt und Werte schafft, womit zugleich die sicherste und gesündeste Erleichterung für die Sozialpolitik gebracht wird. Im Mittelpunkt unserer Vorschläge steht nicht der Kampf um die Verteilung des Produkts, sondern die Steigerung der Produktion, vermehrte produktive Arbeit. Nicht Profit-, Rasse- und Machtgier wie im gegnerischen Lager sind der Ausgangspunkt unserer keineswegs neuen Vorschläge, sondern das wirtschaftliche Gesamtinteresse, das Wohl und das Glück der arbeitenden Menschen. Unser Ziel ist nicht die Besitz- und Machtsteigerung einer geringen Minderheit zum Zweck der Beherrschung und Ausbeutung der großen Mehrheit — ist vielmehr die Nugbarmachung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten für das arbeitsbereite Volk, ist Menschenökonomie, die in Wahrheit auch die höchste Entfaltung der Produktivkräfte gewährleistet.

Aber das Kapital — das Kapital! Da sind wir wieder bei dem entscheidenden Kriterium, bei dem kapitalistischen Ding an sich angelangt. Es ist klar, daß ohne eine vernünftige Kapitalbewirtschaftung Produktionsprogramme der skizzierten Art nicht durchführbar sind. Ist es nicht äußerst charakteristisch, daß trotz „Kapitalnot“ Kapitalmißwirtschaft, Fehlinvestitionen, Ueberkapitalisierungen und Spekulation an der Tagesordnung sind. Auch da sind regelnde Eingriffe notwendig, die weit über die Kreditpolitik der Reichsbank hinausgehen müssen. Das Reichswirtschaftsministerium, heute eine ohnmächtige Filiale des allmächtigen Reichsverbandes der Industrie, müßte zu einem wirklich arbeitenden, schöpferisch gestaltenden Reichswirtschaftsamt umgebaut werden, dessen Aufgabe die Führung, der Ausbau, die planmäßige Verbesserung der Volkswirtschaft wäre.

Wir wissen, daß wir wieder Gesichtspunkte in die sozial- und wirtschaftspolitische Diskussion der Gegenwart geworfen haben, die den hellen Zorn, den Hohn und die Verachtung aller kapitalistischen Kreise auslösen. Das

sind die Kreise, die nichts gelernt und nichts vergessen haben: die immer, unter allen Umständen und um jeden Preis an ihrer kapitalistischen Borniertheit festhalten, die nichts kennen als den Kampf um die Beute. Es ist geboten, dieser Horizontverengung Grundsätze gegenüberzustellen, die über den Tag und die Stunde hinausführen — die nach der Einsicht aller vernünftig und objektiv Denkenden den einzigen Ausweg aus den chronischen Wirtschaftsschwierigkeiten bilden. Es gilt, die sozialpolitischen Kämpfe zur Verbreitung und Vertiefung sozialistischer Wirtschaftsforderungen zu benutzen, deren Verwirklichung den Aufstieg und die Gesundung der deutschen Wirtschaft bedeutet.

:::

:::

:::

## Wer zahlt die Steuern?

Julian Borchardt (Berlin)

### I.

Ueber die Einnahmen des Reichs aus Steuern und Zöllen während der letzten fünf Jahre hat die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (1929, Nr. 13) eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der sich wesentlich mehr herauslesen läßt, als es vom Statistischen Reichsamt und der bürgerlichen Presse geschieht. Ihnen kommt es vornehmlich auf die „Veränderungen in der Struktur der Steuereinnahmen“ an. Was sie damit sagen wollen, lehrt der Schlußsatz:

„Bei der Betrachtung der Steuergruppen zeigt sich die immer stärkere Bedeutung der Einkommen- und Vermögenssteuern... und im Gegensatz dazu der Rückgang der Steuererträge vom Umsatz und Vermögensverkehr... Die Verkehrssteuern haben ihren verhältnismäßig niedrigen Anteil behauptet, während die Zölle und die Steuern vom Verbrauch und Aufwand nach einer starken Steigerung in den ersten Berichtsjahren in ihrer Bedeutung wieder etwas zurückgegangen sind.“

Der Stil dieser amtlichen Auslassung ist ja wieder so schlecht, wie wir das von unseren Bürokraten gewohnt sind. Soll mal einer, der sein Leben lang in geschraubten und hölzernen Redewendungen zu schreiben gewohnt ist, urplötzlich sich verständlich ausdrücken! Von 100 Menschen, die das lesen, werden sicher 95 nicht daraus klug werden. Was übrigens nicht auf bloßer Ungeschicklichkeit zu beruhen braucht. Die Sache ist nämlich die: was da steht, ist wörtlich genommen vollständig richtig. Aber wörtlich verstehen kann es nur jemand, der das ganze vorher ausgepackte Zahlenmaterial gründlich durchgearbeitet hat und sich überdies in jener schwerfälligen Ausdrucksweise zurechtfindet. Die meisten Menschen werden also nur flüchtig die eingestreuten Bemerkungen und die Schlußbetrachtung lesen und dann daraus entnehmen, daß die Reichseinnahmen immer mehr aus Einkommen- und Vermögenssteuern fließen und immer weniger aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Und das ist vollkommen falsch. Ein Beispiel, wie mit richtigen Angaben falsche Vorstellungen erweckt werden. Da ich nicht wagen darf, dem Leser allzuviel Zahlen vorzusetzen, will ich mich mit den Angaben des ersten und des letzten Jahres begnügen und nur allensfalls noch die Summe aller fünf Jahre hinzufügen.

In dieser Zeit (das Steuerjahr rechnet bekanntlich vom 1. April bis zum 31. März) betrug die Gesamtsumme der Einnahmen:\*

1924/25	1928/29	Summe der 5 Jahre
7323	9025	38 870 Millionen Mark

Das ist in den fünf Jahren eine Zunahme des Ertrages der Steuern und Zölle um insgesamt etwas über 23 vH.

Uns interessieren nun hieran vornehmlich die folgenden drei Fragen:

1. Wer hat diese Abgaben aufgebracht? Das heißt wieviel davon ist von den Arbeitenden, wieviel von den Besitzenden bezahlt worden?

2. Wie sind die einzelnen Steuerarten erhöht oder ermäßigt worden und in welchem Maßstabe? Man versteht, daß sich hieraus wesentliche Schlüsse ziehen lassen, nicht nur auf die finanzielle, sondern auf die gesamte soziale Einstellung unserer Republik.

3. Welchen Anteil lieferten die einzelnen Abgaben zum Gesamtertrag und wie hat sich dieser Anteil im Laufe der fünf Jahre verändert?

Indem das Statistische Reichsamt und die bürgerliche Presse die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die letzte und wenigst wichtige dieser drei Fragen konzentriert, lenkt sie sie natürlich von den beiden anderen ab. Wir wollen aber alle drei prüfen.

## II.

Wie sich die gesamten Abgaben auf die Besitzenden und die Besitzlosen verteilen, läßt sich selbstverständlich nicht mit mathematischer Genauigkeit ermitteln. Denn es gibt letzten Endes keine einzige Abgabe, zu der nicht beide beitragen. Selbst beim Lohnabzug sind hochbezahlte Angestellte beteiligt, deren Einkommen in Wahrheit nicht aus ihrer Arbeit, sondern aus Kapitalbesitz fließt. Umgekehrt trifft zum Beispiel die veranlagte Einkommensteuer nicht nur reiche Leute, sondern auch so manchen, der sich sein Brot teuer verdienen muß. Ferner wissen wir wohl, daß Zölle und Verbrauchssteuern zum weit überwiegenden Teil von den arbeitenden Massen getragen werden. Aber wer will sagen, welchen Bruchteil davon auch die Besitzenden aufbringen? Wollen wir also nicht darauf verzichten, aus den gelieferten Zahlen einige Aufklärung über diese Dinge zu gewinnen, so ist eine gewisse Willkür unvermeidbar. Das kann natürlich dem Böswilligen eine willkommene Handhabe bieten zu der Behauptung: alles, was wir da ausrechnen, sei falsch. Soll er es besser machen! Solange niemand etwas Stichhaltigeres bietet, dürfen wir, denke ich, sofern wir nur mit der nötigen Vorsicht verfahren, unsere Ergebnisse als nicht erheblich von der Wahrheit abweichend ansehen.

Ich habe die folgende Einteilung getroffen.

Den Lohnabzug habe ich völlig auf die Seite der Arbeitenden geschrieben. Das stimmt zwar nicht ganz, wird aber ausgeglichen dadurch, daß ich alle Steuern vom Vermögensverkehr (als da sind: Grunderwerb-, Kennwert-, Lotterie-, Versicherung-, Wechselsteuer usw.) völlig den Besitzenden zugeschrieben habe. Ueberdies habe ich von der veranlagten

\* Nur knapp 2/3 davon, 62 bis 64 vH bezieht das Reich, den Rest bekamen die Länder.

Einkommensteuer nur  $\frac{1}{6}$  den Besitzlosen zugerechnet, was zweifellos zu wenig sein dürfte. Ganz auf Seite der Besitzenden stehen die eigentlichen Vermögenssteuern (Körperschafts-, Vermögens-, Erbschaftssteuer usw.). Von den indirekten Abgaben (Verkehrssteuern, Verbrauchssteuern, Zöllen) sind  $\frac{1}{6}$  den Besitzenden,  $\frac{4}{6}$  den Besitzlosen zugeteilt.

Auf Grund dieser Einteilung ergibt sich das folgende Resultat. Von den Gesamteinnahmen haben bezahlt (in Millionen Mark):

	1924/25	1928/29	Summe der 5 Jahre
die Besitzenden . . . .	2752 = 37,6 vH	3775 = 41,8 vH	15 136 = 39 vH
• Besitzlosen . . . .	4571 = 62,4 "	5250 = 58,2 "	23 734 = 61 "
Zusammen	7323 = 100 vH	9025 = 100 vH	38 870 = 100 vH

Insgesamt haben hiernach in den fünf Jahren die Besitzlosen etwa  $\frac{3}{6}$  der öffentlichen Lasten aufgebracht, die Besitzenden  $\frac{2}{6}$ . Und der Anteil der Besitzlosen ist von  $62\frac{1}{2}$  auf 58 vH zurückgegangen, unter entsprechender Steigerung des Anteils der Besitzenden. Zugunommen hat die Belastung der

Besitzenden von 2752 auf 3775 Millionen Mark jährlich, d. h. um 37,3 vH  
 Besitzlosen " 4571 " 5250 " " " " " 14,9 "

Das ist eine, wenn auch nicht große, so doch immerhin deutliche Verschiebung der Last von den Besitzlosen auf die Besitzenden.

Das Resultat wird sogar noch günstiger für die Besitzlosen, wenn wir die Preisveränderungen berücksichtigen. Allerdings ist das, genau genommen, nicht zulässig. Denn da sich unter den Steuern und Zöllen Abgaben befinden sowohl aus dem Großhandel wie aus dem Kleinhandel, so ist es fraglich, welcher Index der Umrechnung zugrunde gelegt werden darf. Bekanntlich gibt aber der Großhandelsindex ganz andere Preisänderungen an als der Kleinhandelsindex. Außerdem ist der Lebenshaltungsindex — der einzige, den wir vom Kleinhandel haben — falsch. Nur zur Illustration also können wir die angegebenen Steuererträge einmal nach dem Lebenshaltungsindex umrechnen, unter der (nicht zutreffenden) Annahme, daß auf diese Weise die reale Belastung der Steuerzahler etwas deutlicher hervortritt. Dann ergeben sich folgende Summen (in Millionen Mark):

**Kaufkraft der Steuererträge, umgerechnet nach dem Lebenshaltungsindex\* (1913/14=100)**

	1924/25	1928/29	Summe der 5 Jahre
Besitzende . . . . .	2101	2472	10 525
Besitzlose . . . . .	3489	3439	16 574
Zusammen	5590	5911	27 099

Hiernach wäre die reale Belastung der Besitzenden in den fünf Jahren nur um 17,7 vH gewachsen, die der Besitzlosen wäre sogar um 1,5 vH gesunken. Indes dürfen wir aus diesen Zahlen nur so viel schließen, daß die öffentlichen Abgaben und folglich die Belastung der Steuerzahler

\* Für die Monate April bis März, die das Steuerjahr darstellen, betrug der amtliche Lebenshaltungsindex: 1924/25 131, 1925/26 140,5, 1926/27 142,7, 1927/28 149, 1928/29 152,7.

real nicht so stark gewachsen sind, wie die gezahlten Geldsummen. Weiter ist, wegen der oben erwähnten Mängel der Statistik, mit ihnen nichts anzufangen. Wir müssen uns vielmehr lediglich an die nominellen Summen halten, ohne Rücksicht auf die von Jahr zu Jahr eingetretene Preissteigerung.

Auf Grund dieser Ergebnisse bleibt es dabei, daß im Laufe der fünf Jahre allmählich immer mehr Abgaben von den Besitzenden, immer weniger\* von den Besitzlosen in die Reichskasse gelangt sind. Von Jahr zu Jahr sah das folgendermaßen aus. Es haben bezahlt

	1924/25	1925/26	1926/27
Besitzende . . . . .	2752 = 37,6 vH	2323 = 34 vH	2863 = 39,9 vH
Besitzlose . . . . .	4571 = 62,4 "	4534 = 66 "	4313 = 60,1 "
<b>Zusammen</b>	<b>7323</b>	<b>6857</b>	<b>7176</b>
	1927/28	1928/29	
Besitzende . . . . .	3424 = 40,3 vH	3775 = 41,8 vH	
Besitzlose . . . . .	5067 = 59,7 "	5250 = 58,2 "	
<b>Zusammen</b>	<b>8491</b>	<b>9025</b>	

Das kann sich nun aus zweierlei Gründen erklären. Es können gerade die Steuern ermäßigt worden sein, welche auf den Besitzlosen lasten; es kann aber auch das Einkommen und der Verbrauch der Besitzlosen sich vermindert bzw. weniger stark als bei den Besitzenden sich vermehrt haben. Sehen wir zu, wie die verschiedenen Steuerarten in den fünf Jahren mehr oder weniger geliefert haben. Es erbrachten (in Millionen Mark):

	1924/25	1928/29	
der Lohnabzug . . . . .	1332	1415	d. h. 83 Millionen mehr
die Kapitalertragsteuer . . . . .	19	171	" 152 "
" Körperschafts-, Erbschafts- und Vermögenssteuer . . . . .	925	1142	" 217 "
" Vermögensverkehrssteuer . . . . .	351	380	" 9 "
" veranlagte Einkommensteuer . . . . .	863	1524	" 661 "
" Verkehrssteuer . . . . .	364	535	" 171 "
" Verbrauchssteuern (Tabak, Zucker, Bier, Branntwein, Wein, Salz, Leuchtmitt. usw.) . . . . .	1194	1773	" 579 "
" Zölle . . . . .	357	1105	" 748 "
<b>Zusammen</b>	<b>5405</b>	<b>8025</b>	d. h. 2620 Millionen mehr
die Umsatzsteuer . . . . .	1918	1000	" 918 " wenig.
<b>Zusammen</b>	<b>7323</b>	<b>9025</b>	d. h. 1702 Millionen mehr

Auf den ersten Blick sehen wir, daß als einzige die Umsatzsteuer in ihrem Ertrag, und zwar außerordentlich stark gesunken ist. Dabei gehört sie auch heute noch zu den wichtigsten Quellen der Reichseinnahmen — 900 Millionen Mark sind kein Pappenstiel — und zugleich zu den allerschwersten und drückendsten Verbrauchssteuern. Da sie den Warenverkehr

\* Verhältnismäßig immer weniger, ist natürlich gemeint; daß die absoluten Zahlungen in den letzten drei Jahren gewachsen sind, ergeben ja die Ziffern.

ganz unverhältnismäßig belästigt und erschwert, ist sie von 1924 bis 1926 fortgesetzt ermäßigt worden und hierauf ist zum größten Teil der Rückgang ihrer Erträge zurückzuführen. Doch lassen sich aus ihr Schlüsse auf die Entwicklung der Umsätze und damit der gesamten deutschen Wirtschaft ziehen, jedoch können wir im Rahmen dieser Arbeit darauf nicht eingehen.

Alle anderen Abgaben haben ihren Ertrag gesteigert, aber, wie wir sehen, in höchst verschiedenem Maße.

Die Kapitalertragsteuer ist zwar verhältnismäßig kolossal gewachsen (von 19 auf 171 Millionen Mark). Aber da sie selbst jetzt noch nur winzig zu den Reichseinnahmen beiträgt, können wir sie außer acht lassen. Höchstens wäre zu sagen, daß sie in den ganzen fünf Jahren nicht erhöht worden ist und daß somit ihre Zunahme eine entsprechende Zunahme der Kapitalerträge anzeigt.

Der Ertrag des Lohnabzugs ist nur unmerklich gewachsen. Auch dies liegt zum Teil an Ermäßigungen der Steuer. Es lohnt aber, sich diese Ermäßigungen näher anzusehen. Bis zum 1. Dezember 1924 waren nur 600 Mk. des Jahreseinkommens von der Lohnsteuer frei. In einer Zeit, wo der amtliche Lebenshaltungsindex bereits auf 131 stand! Von da ab erhöhte man die Steuerfreiheit auf sage und schreibe 720 Mk. des Jahreseinkommens! Und erst bis zum 1. Januar 1926 wurde, in zwei Etappen, die Steuerfreiheit bis auf 1200 Mk. ausgedehnt. Nachher kamen nur noch unbedeutende Ermäßigungen. Das sind alle in dieser Statistik vorhandenen Angaben. Zu genauen Feststellungen reichen sie nicht aus. Nur soviel läßt sich vorläufig sagen: da die Steuer wiederholt ermäßigt worden, ihr Ertrag aber trotzdem unverändert geblieben ist, so ist er vermutlich durch die (nominellen) Lohnerhöhungen ausgeglichen, während seine Zunahme durch das Wachstum der Arbeitslosigkeit verhindert worden ist. Rechnet man den Ertrag der Lohnsteuer nach dem Lebenshaltungsindex um, so ist er in den fünf Jahren um etwa 7 vH kleiner geworden, was gemeinsame Folge der Ermäßigung und der Arbeitslosigkeit sein dürfte.

Nur unbedeutend gewachsen sind auch die Erträge der eigentlichen Besitzsteuern: Vermögens-, Erbschafts-, Vermögensverkehrssteuer usw. Und nun erst kommen wir zu denjenigen Abgaben, denen die Zunahme der öffentlichen Einnahmen vornehmlich zu danken ist. Es sind das die veranlagte Einkommensteuer und das, was man früher unter dem Namen „indirekte Steuern“ als den Inbegriff der Belastung der armen Leute zusammenfaßte: Verkehrssteuer, Konsumsteuern, Zölle.

Die veranlagte Einkommensteuer ist für die kleineren Einkommen (unter 8000 und dann unter 15 000 Mk.) wiederholt ermäßigt worden. Da sie trotzdem 1928 volle 661 Millionen mehr erbracht hat als 1924, so müssen die höheren Einkommen entsprechend gewachsen sein. Trotzdem liefert übrigens die veranlagte Einkommensteuer nur wenig mehr als die Lohnsteuer.

Was endlich die eigentliche Massenbelastung anbetrifft, die Verkehrssteuern, Konsumsteuern und Zölle, so zeigt unsere Tabelle, daß sie von den 1700 Millionen Mehreinnahmen des Jahres 1928/29 nicht weniger

als 1500 Millionen erbracht haben. Haben die arbeitenden Massen soviel mehr konsumiert? Ach nein, wenn man das Verzeichnis durchsieht, findet man bei diesen Abgaben fast nur fortgesetzte Erhöhungen. Namentlich bei den Zöllen. Doch daß wir nicht ungerecht sind: manchmal hat es auch Ermäßigungen gegeben; so zum Beispiel bei der Wein- und Schaumweinsteuer. Jedoch auch bei der Zuckersteuer. Dagegen kommt bei den Zöllen das Wort „Ermäßigung“ überhaupt nicht vor, wohl aber seit 1925/26 andauernde Erhöhungen. Trotz Weltwirtschaftskonferenz. Es war ja auch gewiß nicht leicht, den Ertrag der Zölle von 357 auf 1105 Millionen Mark, das heißt auf mehr als das Dreifache zu steigern.

Wie kann denn aber das Statistische Reichsamt in seinem Schlußwort behaupten, daß die Zölle und Verbrauchssteuern „in ihrer Bedeutung (für den Haushalt des Reichs) wieder etwas zurückgegangen“ seien?

O bitte, das ist die reine Wahrheit. Das Statistische Amt sagt kein Wort, das es nicht beweisen kann. Lest nur den Satz, der dazwischen eingeschoben steht (und in der bürgerlichen Presse durch Hervorhebung der anderen Bemerkungen bis zur Unansehnlichkeit verschwindet): „nach einer starken Steigerung in den ersten Berichtsjahren“. So ist es in der Tat. Hier die Ziffern:

Ertrag	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	
der Konsumsteuern	1194	1372	1522	1690	1773	Millionen Mark
• Zölle . . . . .	357	591	940	1251	1105	„ „
Zusammen	1551	1963	2462	2941	2878	Millionen Mark

In den „ersten Berichtsjahren“, nämlich von 1924 bis 1928, hat sich die Einnahme aus Zöllen und Konsumsteuern fast verdoppelt, von rund 1½ auf rund 3 Milliarden Mark jährlich. Und dann im letzten Jahre — na ja, da ist sie „etwas zurückgegangen“, wenn es auch nur um 63 Millionen Mark war!

### III.

Man wird, hoffe ich, aus meinen Darlegungen erkennen, wie wenig im Grunde auf die Frage ankommt, die die bürgerliche Presse geflissentlich in den Vordergrund rückt, die Frage, wieviel Prozent der ganzen Einnahme auf jede einzelne Steuer entfällt. Immerhin sei auch darauf noch kurz eingegangen. Folgende Ziffern klären darüber auf:

#### Anteil der einzelnen Abgaben am Gesamtertrag

	1924/25	1928/29
Lohnabzug . . . . .	18,2 vH	15,7 vH
Kapitalertrag . . . . .	0,2 „	1,9 „
Vermögenssteuer usw. . . . .	12,6 „	12,6 „
Vermögensverkehrssteuer . . . . .	4,8 „	4 „
Beranlagte Einkommensteuer . . . . .	11,8 „	16,9 „
Verkehrssteuer . . . . .	5 „	5,9 „
Konsumsteuern . . . . .	16,3 „	19,7 „
Zölle . . . . .	4,9 „	12,2 „
Umsatzsteuer . . . . .	26,2 „	11,1 „



Auch diese Tabelle bestätigt nur, was wir schon vorhin erkannt hatten: da man notgedrungen die Umsatzsteuer ermäßigen mußte, hat man den Ausfall durch um so stärkere Anspannung der Zölle und Konsumsteuern mehr als wettgemacht. Es lohnt sich, dies noch zu guter Letzt im einzelnen zu zeigen:

Ertrag	1924/25		1928/29	
der Umsatzsteuer	1918 Millionen	Mark = 26,2 vH	1000 Millionen	Mark = 11,1 vH
• Verkehrssteuer	364	" " = 5 "	535	" " = 5,9 "
• Konsumsteuer	1194	" " = 16,3 "	1773	" " = 19,7 "
• Zölle . . . .	357	" " = 4,9 "	1105	" " = 12,2 "
Zusammen	3833 Millionen	Mark = 52,4 vH	4413 Millionen	Mark = 48,9 vH

Daneben kommt nur noch die veranlagte Einkommensteuer in Betracht, während die eigentlichen Kapitalabgaben so ziemlich unverändert geblieben sind und wenig zu dem vermehrten Bedarf des Reichs und der Länder beitragen. Es bleibt schon dabei, daß im kapitalistischen Staat die Hauptlast der öffentlichen Abgaben auf den Arbeitenden liegt, und zwar vornehmlich auf dem verschleierten Wege der indirekten Abgaben von Konsum und Verkehr.

...

## Das Goldproblem

E. W. Neumann (Berlin)

Die großen internationalen Goldbewegungen, die seit Anfang dieses Jahres die Länder beunruhigen, haben die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf sich gezogen. Man spricht wieder von dem Herannahen einer Inflation und ängstliche Gemüter und Bankrottpolitiker, wie Eugen-berg, haben das Inflationsgespenst bereits an die Wand gemalt. In der heutigen kapitalistischen Profitwirtschaft sind die Goldbestände der Länder maßgebend für die Bewertung der Währung. Naturgemäß ergibt sich daraus, daß diejenigen Währungen am festesten bestehen, die mit einem guten Goldstock untermauert sind. Wir haben es in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren erlebt, daß sich der deutsche Goldbestand, der im Jahre 1913 rund 4 Milliarden Mark betrug, bis 1923 auf 523 Millionen Mark verringerte. Mit der Verringerung des Goldbestandes verschwand die Deckung des umlaufenden Geldes, die Mark entwertete sich immer mehr, bis sie schließlich ganz wertlos wurde. So ist der Goldbestand eines Landes der wichtigste Gradmesser für den Bestand seiner Währung. Daraus erklärt es sich auch, weshalb alle Länder bestrebt sind, ihren Goldbestand nach Möglichkeit zu vermehren. Auch Devisen sind eine gute Währungsdeckung, aber wegen den Schwankungen, die in der Nachkriegszeit außerordentlich groß sind, kommt ihnen bei weitem nicht die Bedeutung zu, die das Gold besitzt. Im Laufe dieses Jahres waren sowohl Deutschland wie auch England genötigt, von ihren Goldbeständen zu verkaufen. Der Goldbestand der deutschen Reichsbank verringerte sich von 2,8 Milliarden Mark im Januar auf 1,7 Milliarden Mark im Juni. Die Entwicklung ist nicht vorwärts verlaufen, sondern rückwärts gegangen, und in einer Zeit großer wirtschaftlicher Krisen ist dies eine bedenkliche Erscheinung. Derartige Vorgänge sind aber in der

Nachkriegszeit keine Seltenheit. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die finanziell am besten dastehen, haben seit 1924 verschiedentlich große Goldverkäufe vorgenommen. Hierbei fällt allerdings ins Gewicht, daß die Vereinigten Staaten durch keine Zwangsumstände zu den Goldverkäufen gezwungen waren, wie Deutschland und England in diesem Jahre. Amerika verkaufte, um ein Geschäft zu machen.

Merken müssen wir uns, daß durch die Verarmung, die der Weltkrieg in Europa geschaffen hat, und durch die Zerrüttung des europäischen Geldwesens Europa heute zum größten Schuldner der Welt geworden ist. Vor dem Kriege verfügte Europa über mehr als die Hälfte der Goldbestände der Welt. Von 33 Milliarden Mark ausgeprägten Münzen, die im Jahre 1913 in der Welt vorhanden waren, entfielen 20 Milliarden Mark auf Europa. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit ist eine Verschiebung eingetreten, von der die Vereinigten Staaten von Nordamerika den größten Nutzen haben. Folgende Tabelle veranschaulicht die Verschiebung (in Milliarden Mark):

	Weltgoldbestand	Europa	Vereinigte Staaten
1913 . . .	33,6	20,4	7,9
1924 . . .	43,1	18,2	19,8
1928 . . .	46,9	18,0	17,2

Man sieht, daß sich der Goldbestand der Welt um 13,3 Milliarden Mark gegenüber 1913 erhöht hat. In diesem Goldbestande sind nur die monetären Goldbestände, das heißt die ausgeprägten Münzen enthalten. Nicht eingerechnet ist das vorhandene Gold, soweit es sich noch unausgeschmolzen im Erz befindet oder in Schmucksachen oder in Barren steckt. Die Vereinigten Staaten haben ihren Goldbestand von 1913 bis 1924 um rund 11 Milliarden Mark erhöht, während Europas Goldbestand in der gleichen Zeit um 7 Milliarden Mark zurückging. Seit 1924 haben die Goldbestände Europas um rund 5 Milliarden Mark zugenommen, der Goldbestand der Vereinigten Staaten dagegen hat um 2 Milliarden Mark abgenommen. Die Zurückflutung des Goldes nach Europa ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die europäische Wirtschaft sich wieder allmählich erholt und in dem Weltaußenhandel als Exportland wieder eine stärkere Stellung einnimmt. Auch die Tatsache, daß fast alle Staaten Europas heute über eine feste Währung verfügen, hat die neuere Entwicklung wesentlich beeinflusst. Aber diese Vorgänge können sehr wenig an der Tatsache ändern, daß die bisherige Entwicklung den europäischen Ländern eine große finanzielle Stärkung noch nicht gebracht hat. Die meisten europäischen Währungen haben eine sehr schwache Deckung, und eine für längere Zeit anhaltende wirtschaftliche Krise, die zumeist immer mit Goldverlusten verbunden ist, würde genügen, die Währungen ernststen Gefahren auszusetzen. Die Länder, die in den letzten Jahren ihre Währung stabilisiert haben, lassen keine Möglichkeit vorübergehen, ihre Deckung zu festigen. Es soll verhindert werden, daß bei jedem kleinen Stoß die Währung erschüttert wird. In den osteuropäischen Ländern liegen die Verhältnisse, eine Folge der großen Miswirtschaft, am traurigsten. Die früheren Goldbestände sind verschwunden, sie sind entweder nach Amerika oder nach Asien und Australien gewandert. Der russische Gold-

bestand, der im Jahre 1913 rund 4,7 Milliarden betrug, ist auf 340 Millionen Mark zusammengeschnitten. Dagegen hat sich der japanische Goldbestand von 713 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 2,8 Milliarden Mark im Jahre 1928 erhöht. Die goldschwachen Länder Europas sind heute Polen, Jugoslawien, Italien, Rußland, Estland und Albanien, auch Bulgarien, Rumänien und Griechenland verfügen nur über einen geringen Goldbestand. Die Währung dieser Länder hat also eine schwache Deckung, so daß die Möglichkeit einer Inflation stets vor der Tür steht.

Es ist auch für die organisierten Arbeiter und Angestellten wichtig, die Entwicklung des Goldproblems zu verfolgen. In letzter Zeit ist mehrfach behauptet worden, daß die Welt einer Goldknappheit entgegengeht, was eine außerordentliche Verschärfung der Lage zur Folge hätte. Der Kampf um das Gold wird sich noch mehr verschärfen und es ist dann fraglich, ob Deutschland überhaupt noch wieder zum Goldgeld zurückkehren kann. Wenn Deutschland jetzt Goldstücke, Zehn- und Zwanzigmarkstücke in Umlauf bringen würde, so steht mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß dieses Gold gehamstert wird. Aus Angst vor einer neuen Inflation wird niemand das erhaltene Stück wieder herausgeben wollen. Die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten dürften übrigens kaum etwas davon zu sehen bekommen. Ähnlich liegen die Aussichten in den meisten europäischen Ländern, mit Ausnahme von Frankreich und den Staaten, die sich nicht in den Krieg gestürzt haben. Frankreich verfügt heute über einen Goldbestand von 4,8 Milliarden Mark gegen 5,2 Milliarden im Jahre 1913. Hier ist der Vorkriegsstand nahezu wieder erreicht. Gold ist das teuerste Zahlungsmittel, kein Metall besitzt den gleichen Wert, und das erklärt seine Bedeutung.

:::

:::

:::

## Der Arbeitsfisch

Aus der volkswirtschaftlichen Abteilung des DWA

Karl Maier (Stuttgart)

Die wissenschaftliche Forschung hat sich seit einiger Zeit der Aufgabe gewidmet, die Leistungsfähigkeit der Menschen zu untersuchen, die in den Arbeitern ruhenden Energien zu messen und die Grundlagen zu finden, auf welchen das Maximum an Arbeitskraft aus den Arbeitern herausgeholt werden kann, ohne gleichzeitig die Arbeiter derart stark zu ermüden, daß eines schönen Tags ihre Leistungsfähigkeit herabgemindert oder ganz verloren geht. Diese Psychotechnik ist nichts anderes als die Rationalisierung der Arbeit im engeren Sinn. Techniker und Ingenieure sind bestrebt, die äußere Arbeit möglichst auszunützen, d. h. mit physikalischer Energie zu sparen und die stärkere, bessere oder billigere Maschinenkraft zu verwenden. Die Psychotechniker studieren die körperliche Maschine, sie suchen die Bedingungen zur Verminderung der Ermüdung, zur passendsten und praktischsten Anwendung der Hand- und Kopfarbeit, insbesondere zur genauen Anpassung der körperlichen Arbeit an die körperlichen Fähigkeiten. Bis jetzt noch nebenbei, später wahrscheinlich in größerem Ausmaß, sucht man auch die psychische Energie der Körper-

lichen und geistigen Arbeit, kurz, man rationalisiert — soweit dies nicht bereits durch Fließ- und Bandarbeit geschehen ist und noch geschieht — den äußeren und den inneren Menschen.

Die Sache ist im Grund nicht neu. Schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert hat Taylor eine Reihe von Verbesserungen der Arbeitsweise erdacht und erprobt. Diese erhielten auf Anregung des jetzigen Oberrichters der Vereinigten Staaten den Namen: Wissenschaftliche Betriebsführung. Die Bezeichnung ist nicht eindeutig, da sie sich ihrem Inhalt nach nur auf die Arbeitsgestaltung des betriebswirtschaftlichen Produktionsprozesses bezieht, aber die Bezeichnung hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten und wird weiter angewendet für alles, was mit der bewußten Durchgestaltung des Arbeitsprozesses und der Arbeit zusammenhängt. Emerson hat das Taylorsystem „verbessert“, ihm folgten viele andere, von denen besonders Ford hervortrat. In neuester Zeit redet man von Bata und von Bedaux, deren Methodik als Glanzstück für rationelles Arbeiten bezeichnet wird. Alle Methoden haben das eine gemeinsam, aus der Arbeitskraft den größtmöglichen Vorteil herauszuschlagen. In vielen Fällen kann man auch von Herauswinden reden, denn was den Arbeitern zugemutet wird, kann oft nicht mehr mit normaler Tätigkeit bezeichnet werden.



Abb. 1

Von diesem Gesichtspunkt aus kann die wissenschaftliche Untersuchung der Leistungsfähigkeit der Menschen nützlich sein; sie kann indessen auch ins Gegenteil umschlagen, denn

die Arbeitgeber werden diese wissenschaftlichen Untersuchungen für ihre Zwecke auswerten und die Arbeiter werden sich dem wissenschaftlich ausgeklügelten Arbeitsrhythmus anpassen müssen und möglicherweise noch schwerer darunter leiden, als dies schon durch das Fließ- und Bandsystem und durch die Akkordhege geschieht.

Die gute Seite der wissenschaftlichen Untersuchungen soll mit diesen Bemerkungen in keiner Weise geschmälert werden; es wird nicht verkannt, daß die Wissenschaft das Bestreben hat, dem Wohl der Menschen zu dienen.

In diesem Sinn sind die Untersuchungen zu werten, die in den letzten Jahren über den Arbeitssitz, den Arbeitstisch und die Arbeitsgeräte geführt worden sind. Früher wurde diesen Fragen keine oder ganz geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Bergegenwärtigt man sich die Werkstätten zu Beginn des 20. Jahrhunderts, so ist festzustellen, daß die Mehrzahl der Arbeitsvorgänge stehend ausgeführt wurde und Sitzgelegenheiten im wesentlichen nur in verschwindendem Maße vorhanden waren. Häufig konnte man — und kann man heute noch — in den Pausen die Arbeiter auf Maschinen und Werkbänken sitzend antreffen. Auf die Arbeiter wurde bei der Einrichtung von Arbeitsräumen und Arbeitsplätzen keine Rücksicht genommen. Die Pflege der Arbeitskraft geschah nur soweit, als dies gesetzlich notwendig war. Die soziale Seite als Quelle der Lei-

stungssteigerung war noch nicht erkannt, selbst die Wissenschaft hatte darüber höchst unvollkommene Vorstellungen. Wahrscheinlich würden die Arbeitgeber den Fragen nach geeigneten Arbeitsplätzen und -Sitzen auch heute noch wenig Aufmerksamkeit schenken, wenn die Wissenschaft nicht inzwischen bewiesen hätte, daß die fehlerhafte Anlage der Werkplätze oder die Verwendung falscher Sitze und Stühle die Arbeitenden stark ermüdet und die Arbeitsleistung stark herabmindert.

Man hat als Gebot der Zweckmäßigkeit erkannt, bei der Arbeit unnötige Ermüdung und gesundheitliche Schädigungen zu vermeiden. Das hebt die Arbeitsleistung und nebenbei kann man sich darauf berufen, wie sozial und besorgt man um das Wohlergehen seiner Arbeiter ist.

Das Reichsarbeitsblatt hat in den letzten Jahren des öfteren in Abhandlungen darauf hingewiesen, wie der Arbeitsplatz, an den der Mensch den größten Teil des Tags gebunden ist, den Forderungen der Zweckmäßigkeit, der Unfallsicherheit und Hygiene entsprechend auszugestalten ist. Im Juni dieses Jahres wurde von der Gesellschaft für Gewerbehygiene und dem deutschen Arbeiterschutzmuseum in Verbindung mit dem Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit eine Ausstellung „Arbeitsstiz und Arbeitstisch“ veranstaltet, zu gleicher Zeit hat das Reichsarbeitsblatt eine Sonderveröffentlichung „Der Arbeitsstiz“ herausgegeben.\*

Dieser Schrift sind die folgenden Darstellungen entnommen. Man kann drei Arten von Sitzgelegenheiten unterscheiden:

1. Sitze für Arbeiten, die dauernd oder zeitweise in sitzender Stellung ausgeführt werden können.
2. Wenn der Arbeiter bei seiner Tätigkeit unbedingt stehen muß, Sitze für Benutzung während der Arbeitspausen.
3. Sitze, die den Arbeitern für die Ruhepausen zur Verfügung gestellt werden und die sich in gesonderten Räumen befinden sollen.

Die zuletzt genannte Art soll nicht näher behandelt werden, obgleich auch diesen Sitzen die größte Beachtung zu schenken ist, denn die Ruhepause soll zum Ausgleich der Ermüdungserscheinungen dienen. Dem tragen die Aufenthaltsräume in den Betrieben nicht immer Rechnung, vielfach findet man noch rohgezimmerte schmale Bänke ohne Lehne und ohne Bequemlichkeit anderer Art.

Die zweite Art kommt überall vor, wo dem Arbeiter nur eine dauernde Ueberwachung vorgeschrieben ist und von Zeit zu Zeit Material zugeführt, die Maschine eingerichtet werden muß oder ähnliches. Es werden alle Sitzgelegenheiten richtig sein, die ein richtiges Sitzen gewährleisten, d. h. also sämtliche Stühle mit Rückenlehne, an die sich der Oberkörper in Ruhestellung bequem anlehnen kann. Unbedingt zu vermeiden ist auch hier schlechtes, unbequemes zusammengesunkenes Sitzen, dies ist wesentlich gesundheitschädlicher als dauerndes Stehen.

Bei den für die erstgenannte Art notwendigen Sitzgelegenheiten müssen eine ganze Reihe von Forderungen erfüllt sein. Der Stuhl soll

\* Verlag Reimar Hobbing, Berlin. Preis 50 Pf.

nicht nachteilig sein, besonders in hygienischer Beziehung, und er soll die Erzeugung nicht beeinträchtigen. Ein schlecht entworfener oder schlecht angebrachter Sitz zwingt zu unbequemen Stellungen und verstärkt dadurch das Unlustgefühl, statt Erleichterungen zu bringen.

Die richtige Haltung des Körpers wird stets auch die für den Arbeiter bequemste sein. Die Höhe des Sitzes ist dabei von besonderer Wichtigkeit. Bei abwechselnder Steh- und Sitzarbeit ist die Sitzhöhe dadurch bestimmt, daß die Ellbogenhöhe des sitzenden Arbeiters mit der des stehenden Arbeiters übereinstimmen muß.

Der Normalfall ist dauerndes Sitzen am Arbeitstisch. Amerikanische Forschungen haben ergeben, daß hierfür die richtige und damit von selbst bequeme Sitzhöhe dadurch gegeben ist, daß man den Fuß lose aufsetzt und den Abstand zwischen Ferse und Kniekehle mißt. Diesem Maß werden 45 bis 50 mm zugefügt und so ergibt sich die Höhe der Vorderkante des Sitzes über dem Erdboden. Nach den Untersuchungen in den Siemens-Schudert-Werken soll die Höhe der Sitzfläche nicht weniger als  $48\frac{1}{2}$  cm und nicht mehr als 50 cm über dem Boden liegen bei einer Höhe der Tisch- und Arbeitsfläche von 81 bis 82 cm über dem Erdboden.

Bei Fließarbeit kann das Band oder der Tisch nie einer einzigen bestimmten Arbeitshöhe angepaßt sein und man wird in solchen Fällen zweckmäßig verstellbare Sitzböcke (Abb. 2) verwenden, so daß der kleine Arbeiter genau so günstig sitzt wie der größte.

Als Material für den Sitz hat sich Holz am besten bewährt. Es hat eine genügende Festigkeit und Dauerhaftigkeit und ist durch seine geringe Wärmeleitfähigkeit weder im Winter zu kalt noch im Sommer zu warm. Weit verbreitet sind runde Sitzböcke, bei denen die Innenfläche etwas ausgehöhlt und der Rand abgerundet ist.

Der Sitzdurchmesser darf nicht zu klein sein, er sollte normalerweise 49 bis 50 cm betragen. Als vorteilhaft haben sich die Schemel mit viereckiger Sitzfläche bewährt, wenn sie nicht vollkommen eben, sondern etwas ausgehöhlt sind und sich dadurch den anatomischen Formen des menschlichen Körpers anpassen. Die Vorderkante des Sitzes muß unter allen Umständen gut abgerundet sein. Die Sitzfläche soll nach den Forschungen der Wissenschaftler\* etwas nach hinten neigen. Bei völlig wagerechter Sitzfläche ist ein gut ausbalanciertes Geradesitzen schwerer einzuhalten als bei einer etwas nach hinten geneigten, denn übermäßige Lendenkrümmung beruht auf unnatürlicher Beckenneigung. Beim Heben des Schenkels läßt sich diese beheben und damit schwindet auch die Lendenkrümmung.



Abb. 2. Verstellbarer Sitzbock

\* Kolb, Münchner medizinische Wochenschrift.

Notwendig ist eine gute Unterstützung des Rückens, und zwar soll der nach vorn gebogene Teil der Lendenwirbelsäule abgestützt und dadurch die durch Muskeln zu verrichtende Haltearbeit wesentlich vermindert werden. Die Unterstützung erfolgt dann in der schwächsten Stelle des Rückgrats, ohne die Bewegungsfreiheit zum Arbeiten notwendig gebrauchter Muskelpartien zu beeinträchtigen. Gewöhnliche Stühle mit hohen nach hinten geneigten Lehnen eignen sich unter keinen Umständen zum Anlehnen während der Arbeit. Es gibt eine ganze Reihe von Sitzschemeln und -Stühlen, die den Erfordernissen Rechnung tragen. Sehr zweckmäßig scheint der von der A.G. hergestellte Stuhl (Abb. 3). Derselbe besitzt eine Federung der Rückenlehne, die Druckfedern pressen diese mit geringem Druck in jeder Stellung an den Rücken an. Die Rückenlehne ist verstellbar und der Stuhl selbst ist drehbar sowie gefedert.



Abb. 3. Verstellbarer Stuhl mit federnder Rückenlehne

Herunterbaumelnde Füße bedeuten genau wie lehnenlose Stühle schnelle Ermüdung und enorme Energieverluste. Es mußte daher auf eine gute Unterstützung des Fußes geachtet werden. Eine Fußstütze ist zunächst dort notwendig, wo durch die Arbeit selbst oder durch die Möglichkeit des Wechsels zwischen Steh- und Sitzarbeit der Arbeitstisch so hoch sein muß, daß die Beine den Fußboden nicht mehr erreichen können. Die Fußbretter müssen möglichst breit sein, um dem Fuß eine bequeme Stütze zu bieten.

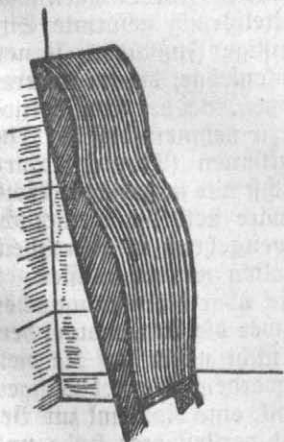


Abb. 4. Stehlehne

Armstützen sind in allen Fällen zweckmäßig, wenn mit den Armen, besonders mit den Unterarmen keine großen Bewegungen bei der Arbeit ausgeführt werden müssen, sondern diese in der Hauptsache Haltearbeit zu verrichten haben, während die Finger die dynamische Arbeit leisten. Das Anbringen von Armlehnen ist in stärkerem Maß von den Arbeitsbedingungen abhängig. Grundsätzlich ist eine Armstütze nur dann gut, wenn sie unnötige Haltearbeit bei vollkommener Arbeitsfreiheit abzunehmen imstande ist.

Federnde Stühle haben sich ausgezeichnet bei Arbeiten in Räumen bewährt, die durch irgendwelche Momente starken Schwingungen und Erschütterungen ausgesetzt sind. Für gewöhnlich werden die Stuhlbeine durch Federn oder andere Schwingungsdämpfer wie Gummipplatten, Gummipuffer usw. abgefedert. Wenn es durchaus nicht möglich ist, Steharbeit durch Sitzarbeit zu ersetzen, hat sich die Stehlehne (Abb. 4) von Dr. Häberle sehr gut bewährt. Diese Stehlehne ist in jedem Abstand von der Maschine regulierbar, bis zu einem gewissen Grade nach links und

rechts drehbar und leicht federnd, auch die Höhe der Lehne läßt sich in gewissen Grenzen einstellen. Der Rücken wird wieder in seiner schwächsten Stelle, im Kreuz, unterstützt, während die Schulterblätter und die Arme ihre vollkommene Bewegungsfreiheit behalten.

Bei der Aufstellung von Sitzgelegenheiten ist stets darauf zu achten, daß diese dem Arbeitsstiz angepaßt sind. Der beste Arbeitsstuhl nützt nichts, wenn der zugehörige Arbeitsplatz mangelhaft eingerichtet ist. Beim Sitzen müssen die Knie zwischen der Oberfläche des Sitzes und dem Arbeitstisch oder der Maschine reichlich Platz haben, eine bequeme Stellung der Füße darf nicht durch Querleisten oder sonstige Hindernisse gehemmt sein. Bei vielen Maschinen und Arbeitsplätzen ist ein richtiges und bequemes Sitzen



Abb. 5. Unbequeme Beinhaltung

unmöglich; meist müssen die Arbeiter mit gespreizten Beinen oder mit gegen den Arbeitstisch oder die Maschine geklemmten Knien sitzen. Die Arbeiterin der nebenstehenden Abbildung 5 zum Beispiel muß die Beine stark einwärts zurückschlagen, weil ein Unterbrett der Werkbank hindert. Diesem Uebelstand ist sehr leicht abzuwehren durch kreissegmentartiges Ausfüllen des Vordbretts.

Es ist unmöglich, einen Arbeitsstuhl zu konstruieren, der sich für alle in Frage kommenden Arbeiten gleich gut eignet. Soll der Stuhl hygienisch einwandfrei und arbeitstechnisch richtig sein, so muß er in Abhängigkeit von der Arbeitsart entworfen werden. Allgemeine Forderungen sind:

genügend große, nicht zu tief, aber schwach sattelförmig geformte Sitzfläche mit gut abgerundeter Vorderkante, günstige Fußstützen, ferner, wenn irgend mit der Arbeit vereinbar, eine Rückenlehne, die im unteren Lendenteil angreifen muß und bewegliche Armstützen. Bei der Konstruktion von Sitzgelegenheiten ist stets Bedacht darauf zu nehmen, daß die Sitzhaltung den Ablauf der normalen Lebensfunktionen (Atemung, Herz-tätigkeit, Blutkreislauf usw.) in keiner oder möglichst nur in geringer Weise schädlich beeinflussen darf, ferner daß das Primäre stets die menschliche Körperform und Sitzhaltung ist, die möglichst weitgehend in gesundheitlicher und arbeitswirtschaftlicher Hinsicht beibehalten werden müssen.

Die obengenannte Schrift gibt einen Überblick über die mannigfachen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitsstühle und über die Anwendung derselben in der Industrie. An dieser Stelle kann nicht näher auf die vielseitige Verwendung der Arbeitsstühle eingegangen werden. Die Abbildungen 6 bis 8 zeigen noch den Ruhesitz an einer Werkbank, eine Rollbank zur Bedienung von mehrspindligen Bohrmaschinen mit verstellbarer Höhe und Rückenlehne, sowie die praktische und bequeme Tätigkeit einer Arbeiterin, die einer Zuführungsrinne Federteile entnimmt, um sie auf einen Dorn zu stecken. Der Stuhl der Arbeiterin hat eine Rückenlehne, beide Arme ruhen auf gepolsterten Armstützen, die ein Herausrutschen des Ellbogens verhüten. Die Füße ruhen auf beweglichen Stützen, durch deren Bewegung mittels



Gebelübertragung eine Rüttelbewegung an den Zuflußstellen der Rinnen mit dem Arbeitsmaterial hervorgerufen wird. Diese Betätigung ist gleichzeitig für die Blutzirkulation der unteren Gliedmaßen günstig. Die Bestrebungen, Arbeitsplatz und Arbeitssitz in der industriellen Fertigung nach den Forderungen der Unfallssicherheit, der Hygiene und der Zweckmäßigkeit zu gestalten, beschränken sich bis jetzt auf wenige Großbetriebe. In den meisten deutschen Betrieben sieht es noch nicht so aus, wie es auf den Bildern dargestellt ist. Bei vielen Arbeiten sind noch roh zusammengenagelte Hocker oder Kisten als dauernde oder vorübergehende Sitzgelegenheit in Benützung. Die Bestrebungen zur Schaffung einwandfrei ausgestatteter Arbeitsplätze können bis jetzt noch nicht als etwas Selbstverständliches bezeichnet werden.

Die Betriebsräte haben auf diesem Gebiet ein umfangreiches und dankbares Betätigungsfeld. Die Aufklärungsarbeit über diese Frage ist sowohl beim Unternehmer wie bei den Arbeitskollegen zu leisten, die gewohnt sind, ihre Arbeit im Stehen zu verrichten und sich nicht umstellen mögen. Wenn erst zweckmäßige Sitzgelegenheiten mit richtigen Rückenstützen, gut passende Arbeitstische usw. eingeführt werden

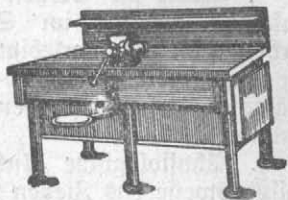


Abb. 6. Ruheplatz an der Werkbank



Abb. 7. Rollbuhl zur Bedienung von mehrspindigen Bohrmaschinen



Abb. 8. Stuhl mit Rückenlehne und gepolsterter Armstütze

und sich bewährt haben, so werden die Kollegen ihrem Betriebsrat Dank dafür wissen. Besonders Frauen empfinden die Arbeitserleichterung durch Sitzen stark und fühlen sich nach der Schicht weit weniger ermüdet. Zahlreiche Erfahrungen mit Frauen, denen man für ihre Arbeit, die sie früher stehend verrichteten, geeignete Sitzgelegenheiten zur Verfügung stellte, beweisen dies. Da die Betriebsräte den Unternehmern gegenüber die Leistungssteigerung ins Feld führen können, die mit der Aufstellung passender Sitzgelegenheiten verknüpft ist, wird auch bei den Unternehmern leichter ein Erfolg zu erzielen sein, als wenn nur an das soziale Gefühl appelliert werden kann. Zur Förderung des Gedankens, Arbeiten im Sitzen ausführen

zu lassen, werden vom Ausschuss für Wirtschaftliche Fertigung in Berlin N. W. 6, Luisenstr. 58 Bilder angefertigt, die der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen. Wertvoll für die Sache ist, wenn diesem Ausschuss Bilder und Unterlagen über die Auswirkung von Arbeitssitzen auf das Einschränken von Ermüdungserscheinungen aus der Praxis heraus zur Verfügung gestellt werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat sich in einem ihrer

Ausschüsse, in dem neben Praktikern von der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite auch Ärzte und Techniker mitarbeiten, mit der Sitzfrage beschäftigt und Leitsätze hierzu ausgearbeitet. Die Leitsätze enthalten manche Anregung und stellen das Ergebnis sorgfältiger Beobachtungen und Experimente dar. Diese Leitsätze lauten:

1. Arbeit im Stehen erfordert in der Regel einen höheren Kraftaufwand als die im Sitzen. Daher sollten, wenn auch nicht alle Arbeiten im Sitzen erledigt werden können, alle Interessierten auf die Frage ihr Augenmerk richten, ob nicht viele Arbeiten, die bisher überlieferungsmäßig im Stehen geschahen, ganz oder teilweise im Sitzen verrichtet werden können.

2. Physiologische Untersuchungen ergaben, daß gewisse Arbeiten, beispielsweise das Ziehen von Gewichten und, was diesem entspricht, das Anziehen eines Hebels, im Sitzen mit weit geringerem Kraftaufwand geschehen können als im Stehen. Beim Anheben von Gewichten und beim Vorstoßen eines Hebels dagegen ist stehende Haltung günstiger.

3. Beim Arbeiten im Sitzen ist richtige Unterstützung des Kreuzes besonders notwendig. Kinematographische Untersuchungen an unbedeutenden Personen zeigen, daß nach längerem Sitzen nicht nur der Rücken im Brustteil nach vorn überfällt, sondern daß auch die physiologische Ausbiegung der Lendenwirbelsäule (Kreuz) nach vorn einer Ausbiegung nach hinten weicht. Hierdurch entstehen dauernde Spannungen in der langen Rückenmuskulatur, bei Frauen auch Zerrungen an den Bändern, die die Gebärgorgane halten. Beides erklärt die häufigen Kreuzschmerzen bei längerem Sitzen ohne Rückenstütze.

4. Ein richtiger Arbeitsstuhl muß außer einer genügenden Sitzfläche und einer Stütze der Füße, womöglich mit schrägem verstellbarem Fußrost, eine Stütze im Kreuz und womöglich eine zweite, etwas höher gelegene haben. Wegen der verschiedenen Höhe des Rückens müssen diese Lehnen entweder verschiebbar oder in verschiedenen Größen vorhanden sein. Eine gepolsterte, nicht zu schmale Kreuzlehne kann diese beiden Aufgaben vereinigen.

5. Die Tischhöhe oder die Auflagehöhe des Arbeitsstückes muß der Körpergröße des sitzenden Arbeiters angepaßt sein, am einfachsten durch Verstellung der Sitzhöhe und der Fußstützen. Der Arbeiter sollte bei der Arbeit die Möglichkeit haben, aufrecht zu sitzen und die Arme in der Ellenbogengegend leicht aufzustützen.

6. Nach Möglichkeit vermeide man Arbeit mit in Schwebelage gehaltenen Unterarmen. Eine solche Arbeit ermüdet leicht und bewirkt ein feines Zittern der Hände, unter dem die Sicherheit der Arbeitsverrichtung leidet. Durch zweckmäßige Anordnung des Materials und der Gerätschaften lassen sich zweifellos bei sehr zahlreichen Arbeitsverrichtungen Lösungen finden, um diesen Forderungen gerecht zu werden.

Bei unseren Forderungen und unserer Mitarbeit ist der Gedanke ausschlaggebend, daß wer den größten Teil des Tages an einem bestimmten Arbeitsplatz verbringen muß, ein Recht auf einen Arbeitsstuhl hat, der unnötige Ermüdung und gesundheitliche Schädigungen herabmindert.

# Bilder aus amerikanischen Betrieben

Paul Otto

Endlich! Mit zweieinhalbjähriger Verspätung sollte meine Amerikareise Wirklichkeit werden. Ein neues Land mit neuen Lebens- und Arbeitsverhältnissen stand vor mir. Gerade deswegen wollte ich ja hinüber. Ich wollte sehen und miterleben, wie da gearbeitet und gelebt würde. Liebte ich schon in Deutschland Ruhe und Gemütlichkeit nicht, so fiel es mir seelisch nicht schwer, meinen Beruf für einige Zeit zu wechseln. Zwölf Jahre war ich aus der manuellen Arbeit heraus, war Stufe um Stufe zum Kopfarbeiter geklettert. Und jetzt ging es zurück zum Schraubstod. Mit gemischten Gefühlen dachte ich an meine mit Wasserblasen gespickten Hände der Behrzeit zurück. Wie ich die ersten vierzehn Tage überwinden würde, dieser Gedanke war mein einziger Schmerz. Um ihn zu lindern, suchte ich in den letzten Wochen vor meiner Abreise alles Habbare aus Mutters Keller zusammen. Ich spaltete Holz, klopfte Kohlen, was das Zeug hielt. Die Anzahl der Blasen, die jetzt meine Hände zierten, konnte ich den zu erwartenden abschreiben. Und dieser Saldobortrag war nicht schlecht.

Dank der guten Vorbereitung erhielt ich schon bei meiner Ankunft in New York meinen Arbeitsplatz im mittleren Westen angewiesen. Das war gut so. Hatte doch Amerika rund vier Millionen Arbeitslose. Und wenn schon Einheimische vergeblich nach Arbeit fragen, wie muß es erst dann den der Sprache nicht oder nur mangelhaft kundigen „Grünhörnern“ ergehen?

Ich hatte mir, meiner Lehre und früheren Arbeit entsprechend, einen Arbeitsplatz als Werkzeugschlosser vorgestellt. Man steckte mich aber in die Präzisionsmaschinenfabrik. Entgegen deutschen Verhältnissen war der Lohn von vornherein nicht so recht zu erfahren. Es herrschte hier das Prämien- und Bonuslohnsystem. Da tappt der Keuling natürlich völlig im Dunkeln. Konnte ich Ansprüche stellen? Ich wußte: vier Millionen Arbeitslose; der Sprache nicht völlig kundig; mit den Arbeitsverhältnissen nicht vertraut! Ich fand mich also mit dem Zustand, wie ich ihn vorfand, ohne ihn zu kennen, zunächst ab und arbeitete. Heute weiß ich: in diesem „Sich-damit-abfinden“ liegt ein Teil der Tragik der Einwanderer und damit eng verbunden der amerikanischen Arbeiter.

Was nützt es, wenn der Einwanderer sich sagt: in einem Jahre, in zwei kennst du die Sprache, die Verhältnisse, dann kannst du auftrumpfen. In den zwei Jahren kommen zweimal neue Schübe von Einwanderern, die sich „damit abfinden“. Und die „sich damit Abfindenden“ werden weiblich ausgenützt. Niedrige, das heißt verhältnismäßig niedrige Löhne, unregelmäßige Arbeitszeiten und je nach dem Arbeitsplatz und der Beschäftigung mehr oder weniger schwere, intensive und unangenehme Arbeit, denn diese Arbeiten scheinen den Einwanderern und Negern vorbehalten zu bleiben. Die Amerikaner „haben den Bogen heraus“, würden wir in Deutschland sagen. Sie suchen sich durchweg die bessere Arbeit aus. Den Einwanderern bleibt zunächst aber in der Regel nur die Hoffnung, daß es mit den Jahren besser werden wird. Schon ist es zum Sprichwort geworden: „Die ersten hundert Monate sind die schwersten!“

Die Neger jedoch radern sich ohne jeden Hoffnungsstrahl ab, später zu besseren Arbeiten herangezogen zu werden. Viele besuchen zwar Gymnasium und Universität. Trotzdem besteht für sie kaum mehr als die Möglichkeit, später Hilfsarbeiter, Gußpußer, Spudnapffäuberer und Ausleger zu werden. Nur in einige Berufszweige ist der Neger langsam vorgeedrungen. Ford, Cadillac, Buick und andere große Werke beschäftigen Neger als Former. Wir finden sie sogar als Briefträger und Postboten, als Chauffeure, ja sogar als Polizisten. Im Verhältnis zur Masse schwarzer Schwerarbeiter bleiben das jedoch Ausnahmen.

In der Fabrik, in der ich beschäftigt bin, arbeiten ungefähr 40 bis Deutsche und vielleicht 80 bis Einwanderer. Überall wird deutsch gesprochen und verstanden. Das

Werk ist bekannt als Betrieb, der niedrige Löhne zahlt, für die aber tüchtig gearbeitet werden muß. Das Arbeitstempo wird jedoch von denen anders beurteilt, die von hier nach Detroit in die Automobilfabriken gingen. Die niedrigen Löhne, überhaupt ein Kennzeichen dieser Stadt, sind unbestritten. Sie betragen rund 35 Cents (= 1,42 Mk.) für Neulinge und Neger; dann 38 bis 44 Cents (1,56 bis 1,85 Mk.) für Maschinenarbeiter; ältere oder Spezialarbeiter, die man durchaus halten will, bekommen mehr. Auf den verdienten Lohn erhält durchgängig jeder 10 vH Zuschlag, wenn er in der betreffenden Woche nie zu spät gekommen und nie zu früh weggegangen ist. Im andern Falle wird nur ein Bruchteil der 10 vH oder gar nichts des Zuschlages bezahlt. Eine Erhöhung des Lohnes kann nur erfolgen, wenn die Prämien- oder Bonuszeiten eingehalten, wenn Nachtarbeit oder Überstunden geleistet werden. Auf Nachtarbeit ist ein Zuschlag von 20 vH, auf Überstunden von 50 vH bewilligt. Werkzeugmacher erhalten hier zwischen 50 bis 60 Cents (= 2,10 bis 2,73 Mk.) pro Stunde.

In anderen Werken wird etwas besser bezahlt. Die Spitzenlöhne steigen da für Werkzeugschlosser auf 85 bis 95 Cents, ja, in einzelnen Fällen für einzelne Arbeiter auf 105 Cents (= 3,57, 3,99 und 4,41 Mk.) pro Stunde. Die anderen Arbeiter rücken in ihrer Bezahlung entsprechend nach. Aber diese hohen Löhne sind durchaus nicht die Regel.

Auch die Gelegenheit, Bonusverdienste zu machen, ist sehr schwankend. Wie auch in Deutschland gibt es „gute“ und „schlechte“ Arbeiten. Unter „gut“ und „schlecht“ versteht der Amerikaner in diesem Zusammenhang stets Geldverdienen. Die Festsetzung der Arbeitszeiten erfolgt auf einer Basis zwischen Berechnen und Abstoppen. Beim Abstoppen sucht sich die Betriebsleitung die eingearbeiteten Arbeiter heraus, was deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil hier das Wechseln der Arbeitsstelle viel häufiger geschieht als in Deutschland.

In einem open job (Betrieb ohne gewerkschaftliche Organisation) die wirklich verdienten Löhne festzustellen, ist sehr schwer, wenn man nicht Einblick in die Lohnlisten hat. Die Arbeiter zeigen sich untereinander ihre Lohnscheids nicht und nennen auch nicht ihre Prämien- oder Bonusverdienste. Für deutsche Arbeitsverhältnisse wäre das kaum denkbar, da gebietet schon die gewerkschaftliche Solidarität und der Kampf um die Tarife eine gegenseitige Information über den Arbeitsverdienst. Hier jedoch ist jeder „auf sich selbst“ gestellt. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind im Verhältnis zu Deutschland schwach, in sehr vielen Betrieben fehlt jeder gewerkschaftliche Einfluß auf die Arbeiter. Als Ursache und Folge beherrscht die Arbeiter darum ein kapitalistischer Geist, der jeden sozialistischen ausländischen Betrachter erschrecken läßt.

Der Amerikaner wechselt oft seine Arbeitsstelle. Meinen Beobachtungen nach oft alle zwei bis drei Monate. Die „treuen“ Arbeiter, wie bei uns in Deutschland der Kapitalist diejenigen gern nennt, die lange bei ihm beschäftigt sind — was ihn aber meist nicht hindert, sie nach Erreichung eines gewissen Alters auf die Straße zu setzen —, bilden hier hauptsächlich Eingewanderte. In dem Betriebe, in dem ich beschäftigt bin, sind es meist Deutsche, darunter einzelne Schweden, Dänen, Franzosen. Sie harren solange aus, bis sie mit den Gewohnheiten des Landes vertraut geworden sind. Das dauert etwa eineinhalb bis zwei Jahre. Selbst die Alleinwanderer wechseln nicht so oft wie die Amerikaner. Die Betriebsleitung versucht zwar alles, die Arbeiter zu halten. Sie entwickelt auf dem Gebiete ein großes Geschick. In der Abteilung Fräseerei zum Beispiel sind gegen 50 Personen beschäftigt. Während der letzten sechs Monate wechselten alle. Es blieb nur ein Stamm von fünf Amerikanern und sechs Einwanderern, von denen der älteste zweieinhalb Jahre im Land war. Alle anderen gingen weg oder wechselten mindestens die Abteilung.

Die Produktion ist auf Serienherstellung aufgebaut. Die wenigen Maschinentypen werden immer in einer Zahl von etwa 30 in Arbeit gegeben. Das bedingt natürlich bei der im Verhältnis beispielsweise zum Autobau verschwindend kleinen Zahl ein

und derselben Maschinenteile sehr öfteres Wechseln der Arbeiten. Natürlich gelangen auch verschiedene Teile 100- und 120fach zur Ausführung. Das will aber gegenüber von Stückzahlen der Autoindustrie (von 5000 an aufwärts) nichts besagen. Auch in Amerika ist eben nicht alles Massenproduktion, die mit Tausenden rechnet. Man bekommt alles, was man wünscht, auch in Einzelausführung. Nur sind Massenprodukte natürlich entsprechend billiger.

Daß auf maximale Beanspruchung der Maschinen größter Wert gelegt wird, ist selbstverständlich. Motto der amerikanischen Vornänner (Meister) und Betriebsleiter: herausholen, was herauszuholen ist. Sie versuchen immer die Grenze der Leistungsfähigkeit und zulässigen Beanspruchung zu erreichen. Dabei wird jedoch große Sorgfalt darauf verwendet, nur einwandfreie Arbeitsstücke der weiteren Fabrikation zuzuführen. Trotz Serienarbeit Qualitätsware!

Die Behandlung der Arbeiter ist außerordentlich höflich. Schimpfen und Fluchen gibt es selbst dann nicht, wenn eine ganze Serie von Arbeitsstücken in den Ausschuß wandert. „Sie müssen mehr mit dem Kopf arbeiten,“ ist die Mahnung, oder: „Warum haben Sie die Stücke nicht kontrolliert und den Fehler sofort gemeldet?“ „Ich glaube, eine andere Maschine ist für Sie besser.“ Das sind normale Zurechtweisungen. Und sie genügen vollständig. Kein Stück wird mit Willen verdorben, kein Stück ist durch Schimpfen zu verbessern. Die „Atmosphäre“ in amerikanischen Betrieben ist viel sauberer als in Deutschland. Und deutsche „Vorgesetzte“, vom Meister bis zum Betriebsleiter, können sich an ihren Kollegen der Vereinigten Staaten von Amerika ein Beispiel nehmen, wie sie — nicht zuletzt im Interesse des Betriebes — die Arbeiter behandeln sollen.



## Reisekosten und Arbeitsausrüstung für Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen

S. Feldmann (Bitterfeld)

Der vierte Abschnitt des WAWG enthält in den §§ 131 bis 141 Vorschriften über Maßnahmen, die zugelassen sind, um die Beendigung der Arbeitslosigkeit zu fördern. Zur Ausführung dieser Vorschriften hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt die Verordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme vom 30. September 1927 erlassen.

Der Artikel 2, Ziffer 1 der Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt bestimmt, inwieweit der Vorsitzende des Arbeitsamtes allein über Mittel für die Gewährung von Reisekosten, Arbeitsausrüstung, Beigabe eines Transportbegleiters und Aufwendungen für Bildungsmaßnahmen im Einzelfall für den Unterstützungsempfänger verfügen kann oder wann er die Zustimmung des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes einzuholen hat. Der Artikel 2, Ziffer 2 der Verordnung des Verwaltungsrates bestimmt ferner, daß der Vorsitzende des Arbeitsamtes bei Gewährung von Familienzuschlägen für länger als drei Monate oder über den Zeitpunkt hinaus, wo der Unterstützungsempfänger den Anspruch auf Unterstützung erschöpft hat oder wenn der Anlernzuschuß gleichzeitig für mehr als fünf Arbeitskräfte in einem Betriebe gewährt werden soll, die Zustimmung des Verwaltungs- oder geschäftsführenden Ausschusses seines Amtes einholen muß.

Der § 140 WAWG ermächtigt den Verwaltungsrat der Reichsanstalt, die Anwendung der §§ 132 bis 137 WAWG (Maßnahmen zur Beendigung der Arbeitslosigkeit) auch auf solche Arbeitslose auszudehnen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. In Anwendung dieser Ermächtigung bestimmt der Verwaltungsrat der Reichsanstalt in Artikel 3 der Verordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme, daß den Empfängern von Arbeitslosenunterstützung gleichgestellt werden können: Arbeitslose, für die die Wartezeit nach § 110 WAWG noch nicht abgelaufen ist, die sonst aber die

Voraussetzung für die Gewährung der Mu erfüllt haben und für jugendliche Arbeitslose, die ihre Anwartschaftszeit infolge ihres jugendlichen Alters noch nicht erfüllen konnten. In diesen beiden Fällen können die §§ 182 bis 187 WAWG voll in Anwendung kommen. Die Entscheidung hat der Vorsitzende des Arbeitsamtes. Nur wenn die jugendlichen Arbeitslosen die Mittel der §§ 182 bis 187 WAWG für den Antritt einer ordnungsmäßigen Lehre verwenden wollen, ist die Zustimmung des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes einzuholen.

Auf Arbeitslose, die keine Unterstützung erhalten, weil sie die Anwartschaftszeit noch nicht erfüllt oder die ihren Anspruch auf Mu erschöpft haben, aber keine Krisenunterstützung beziehen, können die Maßnahmen zur Beendigung der Arbeitslosigkeit jedoch eingeschränkt Anwendung finden. Für solche Arbeitslose, die aus vorstehenden Gründen keine Mu beziehen, können die Reisekosten für den Arbeitslosen persönlich, aber nicht für die Familienangehörigen gewährt werden. Bei einem Transport von 10 Arbeitslosen oder mit Zustimmung des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes auch bei weniger als 10 kann ein Transportbegleiter mitgegeben werden. Auch die Arbeitsausrüstung kann solchen Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden.

Die Gewährung von Mitteln für Bildungsmaßnahmen, die Zahlung von Familienzuschlägen und die Hergabe von Alernezauschüssen kommt für solche Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen, nicht in Frage.

Soweit indessen Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung für Unterstützungsempfänger getroffen werden, können unbedenklich auch Nichtunterstützungsempfänger an diesen Veranstaltungen teilnehmen, wenn sich dadurch die Kosten dieser Veranstaltung nicht erhöhen (Artikel 4 der Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt).

Für die Krisenunterstützungsempfänger gelten die Vorschriften über Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und die Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt zur Förderung der Arbeitsaufnahme in vollem Umfang, gemäß Artikel 7 der Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927.

Für Arbeitslose, denen die Unterstützung nach § 90 oder 93 WAWG gesperrt ist, sind besondere Vorschriften nicht erlassen. Es dürften aber keine Bedenken bestehen, diese Arbeitslosen den Unterstützungsempfängern gleichzustellen, um so mehr, da die Sperrfristen auf die Höchstbezugsdauer der Unterstützung anzurechnen sind.

Mit den Vorschriften der Verordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme hat der Verwaltungsrat den praktischen Bedürfnissen weitgehend Rechnung getragen, besonders der Artikel 3 gibt die Möglichkeit, fast allen Arbeitslosen, die keine Unterstützung beziehen, aus Mitteln der Reichsanstalt die Arbeitsaufnahme zu erleichtern.

## Sozialhygienische Forschungsinstitute

M. Kantorowicz (Berlin)

Die Gewerkschaften haben das Verlangen zur Errichtung von Lehrstühlen für Gewerbehygiene an den Universitäten gestellt. Sie haben auch beim Senat des „Kaiser Wilhelm-Instituts“ die Errichtung einer Forschungsstelle, wie sie in diesem Aufsatz behandelt wird, verlangt und in einer von der gewerbehygienischen Abteilung des ADGB eingereichten Denkschrift begründet. Der Senat hat den Antrag mit der Begründung, daß die Mittel dazu fehlen, abgelehnt.

D. R.

Solche Institute gibt es bei uns noch nicht; sie fehlen uns aber sehr. Genosse Dr. Moses hat am 10. Juni bei der Kulturdebatte im Reichstag auf den Unfug bei der

Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeiten durch die Notgemeinschaft hingewiesen. Aber die Irrationalität besteht nicht nur in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Um ein Beispiel hervorzuheben, in Berlin existieren vier hygienische Forschungsinstitute: 1. in der Universität, 2. im Reichsgesundheitsamt, 3. das Robert Koch-Institut und 4. das Kaiser Wilhelm-Institut (bei Nennung dieses Namens muß ich stutzen) für Hygiene. In allen diesen Instituten wird fleißig gearbeitet und die Wissenschaft profitiert sehr viel davon. Aber, praktisch gedacht, wozu brauchen wir so viel Institute für Züchtung der Bakterien zur Zeit der rapiden Senkung der akuten und chronischen Infektionskrankheiten? Dem Berliner Sozialhygieniker Genossen Alfred Grotjahn gebührt das Verdienst, darauf hingewiesen zu haben, daß die Hauptursache dieser Senkung in der sozialen und kulturellen Hebung der industriellen und städtischen Bevölkerung liegt. Dies haben andere Sozialhygieniker mit sorgfältigen Statistiken erhärtet. Aber diese Medizinalstatistiker haben ihre Studien meistens als private Gelehrte getrieben, nebenberuflich, ohne große Mittel, ohne viel Zeit dafür verwenden zu können. Aber davon abgesehen, wie wird der sozialhygienische Nachwuchs gefördert? Genosse Anaaß-Hamburg hat mit Recht auf dem letzten Parteitag dieses Monats hervorgehoben. Die drei sozialhygienischen Akademien (Berlin, Breslau und Düsseldorf) mit ihren dreimonatigen Kursen bilden nur einen unvollkommenen Ersatz dafür. Außerdem sind sie für die Kreis- und Kommunalarztbewerber bestimmt. Die Ärzte aber haben nur wenig Gelegenheit für die sozialhygienische Ausbildung. Die einzige ordentliche Professur für Sozialhygiene an den deutschen Universitäten ist bis jetzt in Berlin. Sein Inhaber, Prof. Grotjahn, mußte aus eigenen Mitteln eine Bibliothek und ein Archiv für Materialien schaffen, denn er bekommt für diesen Zweck keinen Pfennig. Als ehemaliger Arzt unter der Arbeiterbevölkerung und als Gelehrter ist er natürlich nicht in der Lage, hier Großzügiges zu schaffen. Der Verfasser dieser Zeilen arbeitet seit 8 Jahren in der Grotjahnschen Bibliothek und immer wieder muß er die Sorgfalt von Grotjahn für seine Sammlung bewundern. Jedoch reicht die Bibliothek für erste wissenschaftliche Arbeit durchaus nicht. Auf diese Weise kann keine wissenschaftliche Forschung innerhalb der Universität gefördert werden. Außerdem wird von den Fakultäten dem sozialhygienischen Nachwuchs wenig Sorge gewidmet. In mehreren Universitäten werden zwar Vorlesungen über Sozialhygiene gehalten, sie sind aber nicht obligatorisch und werden außerdem jungen Dozenten übertragen, die vielleicht vieles auf dem Gebiete der naturwissenschaftlichen Hygiene leisten, die aber sozialwissenschaftlich nicht genügend vorgebildet sind. Woher sollen denn die Ärzte sozialhygienische Kenntnisse besitzen? Die Gewerkschaften haben dies schon längst erkannt und haben eine Resolution verfaßt, wonach der sozialhygienische Unterricht an sämtlichen Universitäten obligatorisch sein soll. Für diesen Zweck müssen auch entsprechende Kräfte vorhanden sein. Diese Resolution hat ihre Wirkung bis jetzt noch nicht ausgeübt. Es muß also hier energisch vorgegangen werden.

In der „Kaiser Wilhelm-Gesellschaft“ haben auch die Gewerkschaften ihre Vertreter. Diese haben einen starken Einfluß auf die seit neuerdings großzügige Ausgestaltung des Instituts für Arbeitsphysiologie in Dortmund. Wie ich schon an anderen Stellen wiederholt darauf hingewiesen habe, ist es an der Zeit, dieses Institut zu einem arbeitsmedizinischen zu erweitern, welches ein Teil des gesamten arbeitswissenschaftlichen Forschungsinstituts werden soll. Aber unabhängig davon ist vor allem die Arbeiterklasse daran interessiert, auch Forschungsinstitute für Sozialhygiene zu schaffen. Das ist kein Luxus. Solche Institute existieren schon in England, in Amerika und nur dank des Mangels an solchen Instituten bleibt die deutsche Wissenschaft zurück. Aber nicht der Ehrgeiz ist hier bestimmend, sondern das wirklich aktuelle Interesse der Arbeiterschaft. Genosse Werner Peiser hat in dem wertvollen Artikel über „Wissenschaftliche Forschung und Arbeiterschaft“ im Maiheft der „Sozialistischen Bildung“ die Forderung gestellt, „daß die Vertreter der Arbeiterklasse nicht nur zur Mitarbeit an

denjenigen Instituten der Gesellschaft herangezogen werden, die unmittelbar Lebensfragen des Proletariats betreffen, sondern daß die Arbeiterchaft auch ihre Vertreter in Institute entsendet, deren Arbeit scheinbar in einem losen oder in keinem Zusammenhang mit den Interessen des Proletariats steht. Denn es gibt letzten Endes keine Arbeit, kein Forschungsergebnis, keine Wissenschaft, die nicht in ihren Auswirkungen gesellschaftlichen Charakter trägt." Dies gilt vor allem für die soziale Hygiene. Wir müssen uns die Möglichkeit verschaffen, durch epidemiologische wie allgemeine Statistik, durch anthropometrische und andere Untersuchungen ein klares Bild von dem Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung zu gewinnen. Nur durch die Erfüllung dieser Tendenz kann die Verallgemeinerung der hygienischen Kultur, wovon im 10. Heft dieser Zeitschrift die Rede war (S. 812), durchgeführt werden.



## Bücherbesprechung

Sammelbuch der Bescheinigungen über die Endzahlen aus der Aufrechnung der Quittungskarten zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Preis 40 Pf. In neuer, verbesserter Auflage erschienen im Verlag von A. W. Biedfeldt, Osterwied/S.

Der Zweck dieses Sammelbuches ist: die wichtigen Bestimmungen über die Endzahlen aus der Aufrechnung der Quittungskarten zur Invalidenversicherung aufzunehmen. Das Sammelbuch tritt somit an Stelle loser Bescheinigungen, von denen leicht eine verlorengehen kann. Außerdem findet der Inhaber im zweiten Teil des Buches Rentenbeispiele, Beitragsstaffeln und einen klaren und verständlichen Auszug über die Pflichten und Rechte aus dem Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungsgesetz. Es ist also auch ein praktischer und übersichtlicher Ratgeber in Zweifelsfällen. Das Sammelbuch ist auf gutem, dauerhaftem Papier gedruckt und ist aus den vorgenannten Gründen zur Anschaffung zu empfehlen. Das Büchlein ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag zu beziehen.



Jahrbuch des Arbeitsrechts und der damit zusammenhängenden Teile der Sozialökonomik. Band IX, systematische Übersicht über das Schrifttum, die Rechtsprechung und die Verwaltungspraxis im Jahre 1928 nebst ausführlichem Sachregister. Herausgegeben von Prof. Dr. S. Hoeniger, Freiburg i. Br., unter Mitwirkung von Prof. Dr. R. Schulk, Freiburg i. Br. und Prof. Dr. E. Wehrle, Nürnberg. 1929, XXVII, 540 S. Gr.-8°, in Leinen 24 Mk. J. Benzheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig.

Das Jahrbuch ist als das Universalwerk des Arbeitsrechts weit bekannt und dank seiner von jedem Interessenstandpunkt freien, objektiven Berichterstattung in allen Kreisen des Arbeitsrechts außerordentlich beliebt. Es gilt allgemein als einzigartiges und unentbehrliches Hilfsmittel für den Praktiker, der zwar dauernd mit arbeitsrechtlichen Fragen zu tun hat, ohne jedoch in der Lage zu sein, die stetig anwachsende Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung laufend zu verfolgen und zu verarbeiten. Dieses vortreffliche, von der ganzen Fachpresse uneingeschränkt empfohlene Werk leistet dem Praktiker ebenso wie dem Theoretiker in allen Fragen des Arbeitsrechts vortreffliche Dienste, wenn es gilt, sich auf schnellstem Wege darüber zu unterrichten, welches Material über eine spezielle Frage vorliegt, welche Auffassungen im Schrifttum vertreten werden und in welchem Sinne bisher Entscheidungen ergangen sind. Die übersichtliche Einteilung und Gliederung sowie das genaue Sachverzeichnis erleichtern die Benützung des Werkes ganz außerordentlich. Seine Benützung sei erneut und wiederholt auf das wärmste empfohlen.